Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (7.7.2004)

Sand im Getriebe 36

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen.Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

rtf/.pdf-Version unter ***www.attac.de/rundbriefe*** *html-Version unter* ***www.attac-austria.org/sig/sig.php*** *email an die Redaktion*: **sig@attac.de**



*Das Gerede vom **Markt**, dem **Markt** und nichts als dem **Markt**.*

"Die Globalisierung der **Finanzwelt** verstärkt die soziale Ungleichheit und verschärft die ökonomische Unsicherheit. Sie verhindert die freie Selbstbestimmung der Völker, umgeht ihre demokratischen Institutionen und behindert jegliches am Gemeinwohl orientierte Agieren der souveränen Staaten. Sie ersetzt dieses durch eine rein spekulative Handlungslogik im einzigen Interesse der multinationalen Unternehmen und Finanzmärkte." (aus der *Charta von ATTAC International*, 12/1998) verabschiedet.

Weiter heißt es „Diese Umwandlung der Welt wird wie ein Naturgesetz dargestellt, den Bürger und Volksvertretern wird das Recht abgesprochen, über ihr eigenes Schicksal zu bestimmen. Die herablassende Arroganz, mit der dies geschieht und das Gefühl der Machtlosigkeit, welches so entsteht, führen den **antidemokratischen Parteien neue Stimmen** zu. Es ist höchste Zeit diesen Prozess zu stoppen, neue Kontroll- und Regulationsinstrumente zu schaffen, auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Die Erfahrung lehrt uns, dass die Regierungen dies nicht ohne äußeren Anstoß tun werden. Nur das entschiedene Engagement der Bürger kann der doppelten Bedrohung der **sozialen Implosion** und der **politischen Hoffnungslosigkeit** entgegenwirken."

In dieser Nummer:

Standen 1998 noch die Finanzmärkte im Mittelpunkt der Empörung, so ist inzwischen von vielen die durch Macht und Markt erzeugte **internationale Arbeitsteilung** als Quelle des Desasters erkannt worden. Samir Amin (S.3) sieht in der verschärften **Konkurrenz** zwischen Staaten und Konzernen den **Kern der Globalisierung**. Er meint, dass Marx in seiner Einschätzung des Kapitalismus viel zu optimistisch war und warnt – aus dem Blickwinkel eines Wissenschaftlers aus Afrika - vor einem „sozialen Genozid" durch eine „Forcierung der Kapitalisierung der Landwirtschaft". „Global haben also drei Viertel der Menschen weder einen sicheren Arbeitsplatz noch Zugang zu einem geregelten Einkommen und zu sozialen Rechten". „Heute" warnt er „erleben wir,

dass die regierende Linke, gemeinsam mit der – nennen wir sie „zivilisierten“ – Rechten, also nicht mit den Rechtsradikalen, gemeinsam den Staat attackiert. Sie zerschlagen die Sicherungssysteme, die eng mit ihm verbunden sind, und **negieren so die Funktion des Staates** selbst. Sie erkennen jedoch nicht, dass sie erst durch ihre antistaatliche Rhetorik **jenen Spielraum schaffen, der dann durch rechtsradikales Gedankengut und rechtsradikale politische Strömungen erobert wird**.“

Dagegen regt sich mannigfaltiger **Widerstand**: Versammlungen der Völker in **Asien** und **Afrika** wenden sich gegen das Diktat des „Freien Handels“ und insbesondere der G8 (S. 8-10). **ATTAC Tunesien** muss sich gegen Repressionen der tunesischen Regierung wehren. Gegen die Fortführung der Besatzung des Iraks wandte sich das **Irak-Tribunal in Berlin** (S.11).

In **Europa** stehen große Aufgaben vor uns. ATTAC Polen und ATTAC Ungarn fordern „die Solidarität einer paneuropäischen Arbeiterbewegung“ (S.16-17). Es gilt, die Festungsmauern gegen die Flüchtlinge abzureißen (S. 15), die EU-Militarisierung abzulehnen (S. 24), den Widerstand gegen Multinationale Konzerne aufzubauen (ATTAC Schweiz gegen Nestlé, S. 22)

Welche Bedeutung dabei **Wahlen** haben (können), wird durch J. Petras für die USA analysiert (S.12), ansonsten dokumentieren wir die **Debatte** anlässlich der Beteiligung von ATTAC Mitgliedern an einer Wahlliste in **Frankreich** (S.19).

Nach dieser Doppelnummer (35 und 36) macht die Redaktion eine Pause. Die Nummer 37 erscheint Anfang September. Die Redaktion wünscht ihren LeserInnen schöne und erholsame Sommermonate, u.a. zum Auftanken von Kraft und politischer Klarheit vor den Herbststürmen.

Die Redaktion wird auf der Sommerakademie von ATTAC De in Dresden anwesend sein (31.7. 14.30 Uhr)
(**http://www.attac.de/sommerakademie2004/website/index.php?aufruf=cms&name=home**)

Themen des Workshops:
Austausch mit Mitgliedern der Redaktion von Sand im Getriebe
Kooperationsmöglichkeiten mit der Redaktion
Einbeziehung von Beiträgen aus Ortsgruppen in eine Beilage von Sand im Getriebe
Ausblick: Veröffentlichungsstruktur von ATTAC-De: Bilanzierung und Vorschläge (Zeitung?)

Wir danken den Attacies, die mit ihren Vorschlägen und ihrer Mitarbeit diese Nummer überhaupt erst möglich gemacht haben. Wir danken coorditrad@attac.org und allen ehrenamtlichen ÜbersetzerInnen,.

Die Redaktion dieser Nummer: Barbara Waschmann (Attac Österreich), Johannes Gruber (ATTAC Schweiz), Marie-Dominique Vernhes, Peter Strotmann (Attac Deutschland)





http://www.attac.de/vodaklau/

Der kapitalistische Genozid

Samir Amin
Direktor des Dritte Welt Forums in Dakar

Die Welt erlebt derzeit eine dramatische Verschärfung sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheit wie auch die Verelendung ganzer Bevölkerungen.

Die Folgen dieser Eskalation lassen sich überall beobachten. Zurückzuführen sind sie vor allem auf eine **zunehmende Konkurrenz** der Nationalstaaten, deren Konkurrenz wiederum integraler Bestandteil des gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaftssystems ist. Sie entspricht den aktuellen Bedingungen der globalen Kapitalakkumulation, stellt also den **Kern der so genannten Globalisierung** des Weltmarktes dar.

Zunehmende Konkurrenz

Doch diese **Konkurrenz** ist weder das Ergebnis einer in die Irre gegangenen Entwicklung oder irgendwelcher lokaler oder regionaler Besonderheiten, sondern vielmehr **essenzieller Bestandteil des Kapitalismus** selbst. Man kann sie deshalb auch nicht nur als besondere Wesensart der globalen Weltwirtschaft betrachten, sondern muss vielmehr bedenken, dass es im Laufe der Geschichte verschiedene Spielarten des Kapitalismus gegeben hat.

In verschiedenen Epochen wurde der Kapitalismus durch andere Systeme ergänzt, die in ihrem Kern nicht kapitalistisch waren. Vergegenwärtigen wir uns als Beleg dafür nur die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg: In einer kurzen Zeitspanne von etwa 25 Jahren waren die Bedingungen für eine freie Konkurrenz des Marktes durch **Regeln** eingeschränkt. Dies galt global. Im Westen erlaubte es der historische Kompromiss zwischen Sozialdemokratie und expandierendem Kapitalismus, im staatlich geregelten sozialen Ausgleich eine gesellschaftliche Form zu finden. In den Ländern des Südens wurde die Konkurrenz durch die Politik der so genannten „nachholenden“ wirtschaftlichen Entwicklung kontrolliert, deren Regeln von einer Anzahl unterschiedlicher populistischer Nationalbewegungen vorgegeben wurden.

Heute jedoch ist **diese Periode historischer Kompromisse beendet**. Die transnationale Logik des Kapitalismus hat die totale Herrschaft übernommen. Propagandistisch inszeniert sie sich glamourös im endlosen Gerede vom **Markt**, dem **Markt** und nichts als dem **Markt**.

Dabei ist diese transnationale Logik ideologisch extrem primitiv. Es wird so getan, als ob der Markt eine alles umfassende Rationalität beinhalte, unter der sämtliche soziale Aspekte menschlichen Lebens zusammengefasst seien, anders ausgedrückt: als seien die Menschen nichts anderes als die Marktlogik selbst.

Auf diese Weise wird die Auflösung der sozialen und politischen Sicherungssysteme begründet. Es gäbe, so die Marktschreier, keine Notwendigkeit mehr für ihre Existenz, vielmehr müssten auch sie der Marktkonkurrenz unterworfen werden, um, so die Begründung, dem Menschen – gedacht als bloßer *homo oeconomicus* – tatsächlich zu entsprechen. Diesen Argumenten folgend wurden in den letzten Jahren **global** fast alle **sozialen Sicherungssysteme beschädigt und zerstört**, wenn auch in unterschiedlicher Intensität.

Um dieser Argumentation etwas entgegenzuhalten, muss man den Kern der kapitalistischen Rationalität erkennen. Dieser besteht nicht nur aus dem Markt, wie es uns die neoliberalen Propagandisten tagtäglich einhämmern wollen. Denn wenn man die Rationalität des Kapitalismus lediglich im Markt sieht, folgt man der verkürzten und einfältigen Argumentation seiner Adepten. In Wahrheit verbirgt sich in der Konkurrenz des Marktes nämlich die Logik der Profitmaximierung. Diese ist der quasi natürliche Kern des Marktes.

Profitmaximierung kann jedoch niemals alles sein, was den Menschen ausmacht. Es gibt andere Formen, andere Rationalitäten und Logiken, die nichts mit dem Markt zu tun haben, insbesondere solche, die den **Menschen** in den **Mittelpunkt** von dessen Rationalität stellen. Sie leiten sich – unabhängig davon, ob sie es dezidiert sagen oder nicht – aus dem Bedürfnis der Menschen nach sozialer Effizienz ab, also aus dem Bedürfnis nach ständig zu mehrender sozialer Sicherheit. **Soziale Effizienz** ist jedoch genau das Gegenteil von **privater Profitmaximierung**. Es sind **zwei sich feindlich gegenüberstehende Logiken**. Unsere derzeitigen Gesellschaftssysteme folgen jedoch allesamt der Marktlogik, durch die alle Aspekte sozialen Zusammenlebens der finanziellen Effizienz unterworfen werden.

Ein „Rest“ von drei Milliarden Menschen

Nun gibt es diejenigen, die von einer **kreativen Seite** des Kapitalismus schwärmen: Die Produktivität würde gesteigert, Arbeit vereinfacht und rationalisiert, neue Technologien und Produkte würden erfunden, neue und alte Wünsche befriedigt usw. Aber selbst wenn dies alles richtig wäre, bliebe doch noch die letztgültige Frage nach dem Preis, die der Einzelne, die Menschen und Gesellschaften dafür zu bezahlen gezwungen wären. Und genau hier begegnet uns die **zerstörerische Seite des Kapitalismus**. Diese zerstörerische Seite der gegenwärtigen Globalisierung hat die produktive, meinetwegen auch kreative Seite des Kapitalismus vollkommen verdrängt. Dazu nur zwei Beispiele: Betrachten wir die **landwirtschaftliche** Produktion einmal in einer globalen Perspektive, so stellen wir fest, dass weltweit immer noch mehr als drei Milliarden Menschen, also die Hälfte der Weltbevölkerung, in bäuerlichen Zusammenhängen und von der Landwirtschaft leben. Wie aber sieht das Entwicklungskonzept der Welthandelsorganisation (WTO) für die Landwirtschaft der Zukunft aus?

Es basiert auf der Vorstellung, dass die landwirtschaftliche Produktion von Nahrungsmitteln allein nach den Profit maximierenden Regeln der kapitalistischen Wirtschaftsweise organisiert werden müsse. Dies bedeutet, dass, wenn auf globaler Ebene alle diesem Konzept folgen würden, zur Produktion der gleichen Ertragsmenge anstelle von drei Milliarden Menschen nur noch 50 Millionen Bauern nötig

wären. Hinzu käme, ganz im Interesse der Befürworter eines solchen Systems, ein hoch profitables, transnationales Agrarbusiness.

Auf die Frage aber, **was mit den Menschen geschieht, die dann nicht mehr von der Landwirtschaft leben können**, mit dem „Rest“ von drei Milliarden Menschen, der Hälfte der Weltbevölkerung also, gibt es keine Antwort. Sollen sie etwa in die Städte migrieren? Heute schon kann man unschwer erkennen, dass als Folge dieser Art der Landwirtschaft Städte mit riesigen Slumgebieten entstanden sind, wie Bombay, Mexiko City und zahllose andere. Doch all dies ist gegenüber dem, was uns durch die Umsetzung der aktuellen Vorschläge der WTO erwartet, erst der Beginn.

Eine Forcierung der **Kapitalisierung der Landwirtschaft** wird nämlich nichts weniger als den **sozialen Genozid der Hälfte der Menschheit** nach sich ziehen. Für sie gäbe es keinen Platz mehr. Mehr noch: Unter der exklusiven Logik wirtschaftlicher Rationalität und finanzieller Effizienz wären sie nicht nur ineffizient, sondern gänzlich überflüssig. Nach der kapitalistischen Logik gehörten sie **ausgelöscht**.

Bei genauer Betrachtung sieht man, das der Genozid schon längst begonnen hat. Millionen freigesetzter Menschen wandern, um zu überleben, durch China, Indien, Brasilien. Hunderte indischer Bauern haben in den vergangenen Jahren Selbstmord begangen. Das ist das Gegenteil von sozialer Effizienz; das ist die Vernichtung alles Sozialen.

Den gleichen Vorgang belegt ein anderes Beispiel. Dazu müssen wir uns die Menschen in ihren Arbeitsverhältnissen anschauen. Schon zum besseren Verständnis des Problems lassen sich diese schematisch in zwei Klassen unterteilen. Die Klasse derjenigen, die sich in „**stabilen“ Arbeitsverhältnissen** befinden, und die Klasse derjenigen in „**unsicheren**“ Arbeitsverhältnissen. Mit stabilem Arbeitsverhältnis ist gemeint, das man über einen relativ sicheren Arbeitsplatz verfügt, über ein vereinbartes, durch Arbeitervertretungen verhandelbares Einkommen, über soziale Akzeptanz und über mehr oder weniger gesicherte Arbeitsrechte. In den 50er Jahren betrug der Anteil der stabilen Arbeitsverhältnisse im Westen zwischen 80 und 90 Prozent, in den Ländern des Südens etwa 50 Prozent. Bezieht man diese Zahlen auf alle damaligen Arbeitsverhältnisse, so lebten ungefähr drei Viertel der Menschen in stabilen Arbeitsverhältnissen.

Dieses Verhältnis hat sich dramatisch verändert. Heute, 50 Jahre später, sind es im Westen noch 60 Prozent und im Süden noch ganze 20 Prozent. Insgesamt haben global also drei Viertel der Menschen weder einen sicheren Arbeitsplatz noch Zugang zu einem geregelten Einkommen und zu sozialen Rechten. Und diese Tendenz zur **Verelendung auf globalem Niveau** setzt sich unverändert weiter fort. Ein Ende der weltweiten ökonomischen Apartheid ist nicht in Sicht. Zunehmend existieren zwei Welten nebeneinander: In der einen Welt leben diejenigen, die von der Steigerung der Produktivität, von verbesserter Technologie und potenzierter Kapitalakkumulation profitieren, und in der anderen Welt lebt die ständig wachsende Anzahl der Verelendeten und Ausgeschlossenen. Dies ist international und sozial auf Dauer untragbar.

Die Steigerung von Marx

Das Bild, das sich heute in ganzer Konsequenz zeigt, ist somit weitaus dramatischer, **als Marx sich dies jemals vorstellen konnte**. Zwar stimmte seine Analyse des Kapitalismus; in Bezug auf die zukünftige Entwicklung war er jedoch **viel zu optimistisch**. Marx nahm an, dass nach Phasen krisenhafter Kapitalakkumulation, in denen Arbeiter freigesetzt, also arbeitslos werden, sie anschließend zum großen Teil wieder in den Arbeitsprozess integriert würden. Das stimmt aber nur für den Kapitalismus im 19. Jahrhundert und auch nur für Europa. Marx glaubte jedoch, von Europa ausgehend würde sich diese Entwicklung auf globaler Ebene fortsetzen, der Kapitalismus sich also durch den Kolonialismus globalisieren.

Doch die Wahrheit über den „real existierenden“ Kapitalismus, wie ich ihn nenne, ist weitaus schlimmer. Die Entwicklung hat einen Punkt erreicht, an dem die weitere Ausdehnung des Kapitalismus **keinen der „Überflüssigen“ in ein Arbeitsverhältnis zurückführen wird**, weder in den Zentren noch in der Peripherie. Die Fähigkeit des Systems, Menschen zu integrieren, liegt heute um ein Vielfaches niedriger als vor 50 oder 100 Jahren, wohingegen die Möglichkeiten, Menschen aus Arbeitsprozessen auszuschließen, verstärkt, verbessert und vervielfacht wurden. Insofern kann es auch nicht verwundern, dass es in den kapitalistischen Zentren sogar System hat, Menschen von Arbeit fern zu halten.

Natürlich kann man nur schwer die Zukunft voraussagen, aber zu behaupten, man müsse sich nur den heutigen Bedingungen anpassen, damit es den Urenkeln besser geht, ist deshalb nicht nur zynisch, sondern Menschen verachtend. Man negiert damit jenes dramatische Phänomen, das man mit einem etwas verschleiernden Begriff als **strukturelle Arbeitslosigkeit** bezeichnet. Diese existiert sogar in Staaten, in denen die Arbeitslosenquote verhältnismäßig niedrig ist wie in den USA. Zwar führen die Anhänger neoliberaler Marktvorstellungen die niedrige Arbeitslosenquote dort auf den „freien“ Markt zurück. Das ist allerdings reine Propaganda. Vielmehr kommt sie deshalb zustande, weil die **USA** den weltweit produzierten Gewinn abschöpfen und zur Tilgung eigener **Schulden** benutzen.

Schaut man sich die US-amerikanische Gesellschaft ein wenig genauer an, stellt man schnell fest, dass der Anteil derjenigen in **prekären**, also unsicheren Arbeitsverhältnissen weitaus höher ist, als es die Statistik aussagt. Im globalen Maßstab haben diese Arbeitsverhältnisse eine historisch bislang unbekannte Dimension erreicht. Man weiß heute, dass die Ausdehnung des neoliberalen Wirtschaftsmodells auf die gesamte Erde nirgends dazu geführt hat, dass die ehemaligen Kolonien, also die heutige Peripherie, am Fortschritt teilhat. Über **Indien** schrieb **Marx** 1857, dass es eines Tages ein bedeutsameres Land als Großbritannien sein würde, denn aufgrund der weit höheren Bevölkerungszahl ging Marx davon aus, dass eine effizientere kapitalistische Entwicklung zu erwarten sei. Eine schöne Annahme, doch leider ist sie nie Realität geworden; das Gegenteil ist der Fall. Der schon seit 150 Jahren bestehende **Unterschied** zwischen Großbritannien und Indien hat sich **weiter vergrößert**. Dies gilt allgemein für das Verhältnis zwischen Nord und Süd.

Nehmen wir ein mittleres Einkommensverhältnis zwischen Norden und Süden um 1900 von eins zu zwanzig an, so beträgt es heute eins zu sechzig. Die Ungleichheit hat sich also verdreifacht – trotz starker Unabhängigkeitsbewegungen im Süden, die mit allen Mitteln versucht haben, den Unterschied zu verringern, und trotz eines ehemaligen Sowjetsystems und unterschiedlicher sozialistischer Experimente in verschiedenen Ländern der Welt. Heute wissen wir, dass die Unterschiede immer größer wurden und weiter rapide anwachsen.

Die Herrschaft des Neoliberalismus

Trotz dieser offensichtlichen desaströsen Folgen des herrschenden Kapitalismus beherrscht weiter der Neoliberalismus die globalen Diskurse. Dabei handelt es sich um eine sehr einfache Ideologie, um genau zu sein: eher um Propaganda als um Ideologie. Der Neoliberalismus ist lediglich ein sozialer Reduktionismus, der **die Welt**, diesen Planeten und die Menschen, die auf ihm leben, **als Markt ansieht – und als sonst nichts.** Das ist so banal wie dumm. Es entspricht aber der Vorstellung, die der Kapitalismus von sich selbst hat und bezeichnet die Vulgarität derjenigen, die solche Vorstellungen verbreiten. Denn Kapitalismus ist in Wirklichkeit natürlich nicht nur Markt. Er ist **auch Markt**, aber noch einige Dinge mehr: Zu ihm gehören **Staaten**, **Nationen**, **politische Macht**, **militärische Macht** und noch einiges andere mehr. Wenn man den Kapitalismus verstehen will, kann man ihn nicht auf den Markt reduzieren. Ich spreche deshalb immer vom „real existierenden" Kapitalismus im Gegensatz zum neoliberalen Diskurs, der die Analyse des heutigen Kapitalismus, also des „real existierenden", ausschließt und ihn durch den pseudoideologischen Diskurs und Begriff vom „Markt", von nichts sonst als dem Markt, ersetzen möchte.

Der real existierende Kapitalismus lässt sich jedoch nicht präzise und endgültig als bloßer Markt definieren, eben weil er just in diesem Moment real existiert, also weder theoretisch noch eingebildet ist. Und er lässt sich nicht als etwas charakterisieren, was den Kapitalismus, so lange es ihn gibt, schon immer definiert hat. Der heutige Kapitalismus unterscheidet sich fundamental vom Kapitalismus im Venedig des 14. Jahrhunderts. Nur in der Negation gibt es Gemeinsames: **Niemals war der Kapitalismus nur Markt**. Man muss also, um das „real existierende" an ihm zu definieren, die jeweiligen besonderen Merkmale jedes Entwicklungsstadiums bestimmen: Staat, Nation, Militär etc. Erst die konkrete Verbindung jener Merkmale erzeugt die Dynamik der Globalisierung, die nicht notwendig mit der globalen Dynamik des Marktes zusammenhängen muss. Sie geht darüber hinaus und ist weit komplexer.

Um die dramatische Zerstörung genau zu analysieren, müssen wir deshalb die konkreten Eigenheiten des heutigen Kapitalismus in den Blick nehmen. Indem innerhalb des Systems die **zerstörerischen Züge** gegenüber den konstruktiven die **Oberhand** gewonnen haben, **benötigt** der Kapitalismus für seinen Fortbestand wachsende **Gewalt**. Das System muss zunehmend gewalttätiger werden, um sich erhalten zu können. Es sind also nicht primär die Menschen, die gewalttätig sind – obwohl es durchaus gewaltbereite geben mag –, **es ist vielmehr der Kapitalismus selbst, der die Menschen zur Gewalt zwingt**.

In diesem Kontext wird sehr deutlich, warum die herrschende Klasse der **USA** sich dazu entschlossen hat, **die Globalisierung zu militarisieren.** Sie als diejenigen, die über das größte militärische Gewaltpotenzial verfügen, versuchen auf diese Weise, ihr Projekt global zu implementieren. Das aber wider-spricht genau dem neoliberalen Geschwätz vom Markt. Denn der Markt ist niemals aus sich selbst heraus in der Lage, Akzeptanz oder Zustimmung zu produzieren. Diese Zustimmung muss den Menschen aufgezwungen werden. **Folgen sie dem Diktat des Marktes nicht, setzt man Gewalt ein, und die perfekteste Form derselben ist die militärische Gewalt.**

Wenn ich von der herrschenden Klasse in den USA rede, die diese Art der Gewalt bevorzugt, dann deshalb, weil es **nicht nur George W. Bush junior** ist, der diese Politik gewählt hat. Man findet ihre Grundzüge bei der gesamten neuen Rechten der USA. Sie sehen darin ein Projekt für das 21. Jahrhundert, das sie das „**amerikanische Jahrhundert**" nennen. Sie wollen die vorhandene militärische Macht dazu nutzen, ein globales System nach ihren Wünschen zu errichten. Gegen dieses amerikanische Projekt muss sich jeder kritische Mensch zur Wehr setzen. **Denn nur wenn die globale militärische Vorherrschaft der USA mit ihren inzwischen schon 600 Militärstützpunkten weltweit beendet wird, kann man über mögliche Alternativen nachdenken. Es wird keinen stabilen, sozialen und politischen Fortschritt geben, keine Verankerung von Demokratie, bevor nicht das US-amerikanische Projekt zur Kontrolle der Welt zurückgewiesen wurde.**

Kapitalismus als imperiales Projekt

Lenin hatte also **Unrecht**, als er annahm, der Imperialismus wäre die letzte Stufe des Kapitalismus – was nicht heißt, dass es Imperialismus heute nicht mehr gibt. Imperialismus ist jedoch keine bloße Spielart des Kapitalismus, sondern der **Kapitalismus ist in seinem Kern ein imperiales Projekt**. Schon immer trieb er eine **ungleiche Entwicklung** in globalem Maßstab voran, von der nur die Zentren profitierten. Wie sich das imperiale Projekt gesellschaftlich und politisch jedoch konkret ausbildete, ist höchst unterschiedlich.

Man braucht nur den Imperialismus um das Jahr 1492, zur Zeit der Entdeckung Amerikas, um wahllos ein Datum zu nennen, mit dem heutigen zu vergleichen. Heute befinden wir uns in einer Epoche, die gekennzeichnet ist von Zersplitterung der Arbeitswelt. Peripherie und Zentrum sind nicht mehr daran zu erkennen, ob es hier weniger und dort mehr Industrie, also auch mehr Arbeit gibt. Denn selbst in der **Peripherie existieren industrialisierte Zentren**. Viele Länder im Fernen Osten, in Südostasien und Lateinamerika haben schon längst den Weg der Industrialisierung eingeschlagen. Lohnarbeit ist also nicht mehr an die industrialisierten Metropolen des Nordens gebunden und **imperiale Herrschaft nicht mehr vom Grad der Industrialisierung einer Gesellschaft abhängig**, wie noch im 19. Jahrhundert.

Imperiale Herrschaft stellt sich heute vielmehr durch ein Zusammenwirken verschiedener Faktoren her, die ich als die **„fünf neuen Monopole der Zentren"** bezeichne. Dazu

gehört erstens die Kontrolle über neue **Technologien**, zweitens der Zugang zu natürlichen **Ressourcen** unseres Planeten (was nicht unbedingt deren Besitz bedeutet), drittens, viertens und fünftens die Kontrolle des weltweiten **Finanzsystems**, der globalen **Kommunikation** und schließlich der **Massenvernichtungswaffen**. Diese fünf Monopole bestimmen die Bedingungen der Arbeitswelt. In manchen Regionen des Südens führen sie zu extrem hohen Wachstumsraten, wohingegen im Norden in einigen Sektoren der hoch industrialisierten Länder die **Arbeit** komplett **verschwindet**. Dies alles geschieht jedoch, **ohne dass die Zentren ihre Monopole verlieren.**

Doch wer und wo sind diese imperialen Zentren? Bis vor einigen Jahrzehnten konnte man nicht von Imperialismus im Singular sprechen, denn es existierte nicht nur ein einziges imperiales Projekt. Vielmehr konkurrierte der britische Imperialismus mit dem französischen, der wiederum mit dem deutschen, dem amerikanischen, dem japanischen usw. Es existierte zwar so etwas wie eine gemeinsame Herrschaft, aber dennoch brachte jedes Zentrum seine eigene Form hervor, die mit der jeweils anderen konkurrierte. Heute ist dies anders. Als Ergebnis der enorm potenzierten Kapitalkonzentration entstand eine **imperiale Triade**. Sie besteht aus den Ländern **Europas**, aus den **USA** und **Japan**.

Bereits rein quantitativ ist der Unterschied zur vorherigen Epoche deutlich sichtbar. Bis in die 50er Jahre des vergangenen Jahrhunderts musste ein großes internationales Unternehmen des Nordens, wenn es eine neue Technologie oder ein Produkt erfolgreich platzieren wollte, mit einem Markt von etwa 100 Millionen Käufern kalkulieren. Dies entsprach ungefähr der Einwohnerzahl des imperialen Staates (eingerechnet dessen unmittelbare Nachbarschaft), in dem das Unternehmen angesiedelt war. Es fiel dem Unternehmen somit leicht, sich eine nationale Identität überzustreifen.

In der Gegenwart, und das Internet ist der deutlichste Beleg dafür, benötigen die *Big Players* für eine grundlegende Innovation schon 600 Millionen Kunden, also ungefähr zehn Prozent der Weltbevölkerung. Ein transnationales Unternehmen kann sich also auch nicht mehr mit dem nationalen Markt identifizieren, muss sich also **seines nationalen Anzuges entledigen**, da es die addierte Bevölkerung Europas, der USA, Japans und einiger kleinerer Flecken hier und dort im Visier haben muss. Deshalb spreche ich vom Imperialismus der Triade.

Jenseits des Kapitalismus

Dadurch entstehen jedoch ganz neue Widersprüche zwischen imperialem Zentrum und Peripherie. Diese heute zunehmend global erfahrbar und sichtbar werdenden Widersprüche werden auch noch über die Existenz des gegenwärtig real existierenden Kapitalismus hinaus Bestand haben. Denn in ihrer Dynamik **wälzen sie jegliches soziale und insbesondere wirtschaftliche Leben um und globalisieren** es. Dies hat **positive** und **negative** Folgen. So wird es Dinge geben, die sich nicht globalisieren lassen, die also in der heute vorfindlichen Form nicht in der globalen Welt weiter existieren werden. Ich denke dabei weniger an Staaten oder Gesellschaften, auch nicht an Religionen, sondern an die politische Form selbst, in der wir leben, an die politische Kultur, die uns heute prägt und die das historische Ergebnis davon ist, wie Menschen in einer je spezifischen Region auf die Herausforderungen des expandierenden Kapitalismus reagierten. Wenn diese politische Kultur sich nun in der Gegenwart zugunsten einer wirtschaftlichen Globalisierung in Auflösung befindet, so ist das zwar nicht erfreulich, aber eine unumstößliche Tatsache.

Eine Tatsache, die das Kapital am liebsten noch beschleunigt sähe, wozu es jedoch alleine nicht in der Lage ist. Nicht zuletzt, weil die Menschen sich gegen diese Form der Zerstörung ihrer Umwelt, nämlich der Zerschlagung des Nationalstaats mit seiner je spezifischen, historisch gewachsenen politischen Kultur wehren, wozu übrigens auch die jeweilige **Sprache** gehört.

Heute erleben wir jedoch, dass die regierende Linke, gemeinsam mit der –nennen wir sie „zivilisierten“ – Rechten, also nicht mit den Rechtsradikalen, gemeinsam den **Staat** attackiert. Sie zerschlagen die Sicherungssysteme, die eng mit ihm verbunden sind, und negieren so die Funktion des Staates selbst. Sie erkennen jedoch nicht, dass sie erst durch ihre antistaatliche Rhetorik jenen **Spielraum** schaffen, der dann durch rechtsradikales Gedankengut und **rechtsradikale** politische **Strömungen** erobert wird. Genau das passiert jedoch im globalen Maßstab. Überall gedeiht nationalpopulistische Agitation, die rechtsradikale Antworten auf die Herausforderungen des Kapitalismus anbietet. So verschärft sich die Situation, und das Kapital gewinnt auf gefährliche Art und Weise innerhalb der politischen Kultur weiter an Einfluss.

Dies gilt nicht nur für den Norden, sondern global, also auch für den **Süden**. Doch die Manipulation durch das Kapital und die von ihm erzeugten Widersprüche äußern sich dort anders. Vulgär könnte man den Widerspruch als **religiösen Fundamentalismus** bezeichnen. Dabei sollte klar sein, dass fundamentalistische Bewegungen para-religiös sind, da sie über keinerlei theologische Grundlage verfügen und die Religion nur benutzen, um rechtsradikal zu regieren – wie die Hindu-Fundamentalisten in Indien oder islamische Fundamentalisten in verschiedenen arabischen Ländern. In Afrika dagegen finden diese Widersprüche auf fürchterlich grausame Art und Weise ihren Niederschlag in so genannten „**ethnischen**“ Konflikten. Dieser Kontext gilt jedoch auch für Europa; man denke nur an Jugoslawien oder an die ehemalige Sowjetunion.

Weil der globale Kapitalismus aus sich heraus nicht in der Lage ist, die real existierenden Widersprüche friedlich beizulegen, äußern sich diese so und nicht anders. Dagegen müssen wir gemeinsam eine neue Strategie entwickeln. Und innerhalb dieser Strategie ist und bleibt der **Staat sehr wichtig,** denn nur mit dem Staat und nicht gegen ihn lässt sich die Demokratisierung auf allen Ebenen, von lokal bis global, erreichen.

Der Text basiert auf einem Gespräch, das Christoph Burgmer für den Deutschlandfunk führte,
Erschienen in **Blätter für deutsche und internationlae Politik, Juli 2004**

http://www.blaetter.de/kommenta/amin0407.pdf.

IGNACIO RAMONET Widerstand

WIDERSTAND heißt: Nein sagen.
Nein zur Verachtung, Arroganz und zur wirtschaftlichen Zermalmung. Nein zu den neuen Herren der Welt. Nein zu Finanzkapital und G 8. Nein zum „Washington-Konsens“ und zur totaler Marktherrschaft. Nein zum absoluten Freihandel. Nein zur Herrschaft des „Pokers des Bösen“ (Weltbank, IWF, OECD, WTO). Nein zu genetisch veränderten Organismen. Nein zu immer weiter fortschreitender Privatisierung. Nein zum Ausbau des Privatsektors . Nein zur Ausgrenzung. Nein zum Sexismus. Nein zum sozialen Rückschritt. Nein zum Abbau der Krankenversicherung. Nein zur Armut. Nein zu den Ungleichheiten. Nein zur Ausgrenzung des Südens. Nein auch dazu, dass täglich 30 000 Kinder der Armen sterben. Nein zu Umweltzerstörung. Nein zur militärischen Herrschaft einer einzigen Hypermacht. Nein zu Präventionskrieg, Invasionskrieg, zum Terrorismus und zu den Anschlägen auf die Zivilbevölkerung. Nein zum Rassismus, zum Antisemitismus, zur Islamophobie. Nein zu den „Sicherheits“gesetzen, zum Überwachungsstaat und zur Gedankenpolizei. Nein zur kulturellen Verarmung. Nein den neuen Zensuren. Nein zu den Lügen und Manipulationen der Medien.

Widerstand heißt aber auch: Ja sagen können.
Ja zur Solidarität aller 6 Milliarden Erdenbewohner. Ja zu den Rechten der Frauen. Ja zu einer Erneuerung der UNO. Ja zu einem Marshallplan für Afrika. Ja zur endgültigen Abschaffung des Analphabetismus und Ja zum Zugang zur digitalen Kommunikation für alle. Ja zu einem internationalen Moratorium zum Erhalt des Trinkwassers. Ja zu einer weltweiten medizinischen Grundversorgung und zur entschiedenen Bekämpfung von Aids. Ja zum Schutz von Minderheitenkulturen und zu den Rechten der Indigenen. Ja zur sozialen und wirtschaftlichen Gerechtigkeit. Ja zu einem sozialeren und weniger marktorientierten Europa. Ja zum „Konsens von Porto Alegre“. Ja zur Erhebung der Tobin-Steuer als Mittel zur sozialen Umverteilung. Ja zur Besteuerung der Waffenverkäufe. Ja zur Streichung der Schulden der armen Länder. Ja zum Verbot der Steuerparadiese.

Widerstand heißt, davon träumen, dass eine andere Welt möglich ist. Und dazu beitragen, diese aufzubauen.

Le Monde Diplomatique, Mai 2004
Die TAZ-Übersetzung wurde vervollständigt; der Text entspricht jetzt dem Original auf französisch , M.D.Vernhes

Aktionsaufruf der Volks- und Sozialbewegung Asiens, Seoul (Korea), den 14. Juni

Focus on the Global South<http://www.focusweb.org/main/html/images/logo1_a.jpg>

Wir, die Volks- und Sozialbewegung Asiens – Gewerkschaften, Landarbeiter, Kleinbauern, Frauen, Verbraucher, Studenten, Arbeitsmigranten, Arme aus den Städten, Antikriegs- und Antiglobalisierungsaktivisten – haben uns hier in Seoul, Korea versammelt, um gegen das Weltwirtschaftsforum (WEF), die neoliberale Globalisierung und den Krieg zu demonstrieren.
Trotz der nichtveröffentlichten Beschlüsse des Weltwirtschaftsforums werden wir weiterhin gegen das WEF, welches die neoliberale Globalisierung verkörpert, kämpfen.

Zwei Tage haben wir gemeinsam folgende Themen diskutiert: Souveränität in der Nahrungsmittelproduktion, Sicherheit von Nahrungsmitteln, Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen, Flexibilisierung von Arbeit, Krieg und Militarisierung, Armut unter Frauen, Liberalisierung des Handels, Arbeitsmigration, freie Handelsabkommen und die WTO.
Auf der Grundlage unserer Aktions- und Diskussionserfahrung in Seoul haben wir uns entschlossen unseren Kampf gegen die allgemeine Globalisierung, den Militarismus und Krieg fort zu setzen. Wir haben uns hier auch versammelt, um unsere Solidarität zu stärken und unsere Strategien für die gemeinsamen Aktionen zu diskutieren.
Wie alle Völker der Welt leidet die Bevölkerung Asiens unter den Auswirkungen des Militarismus und globalen Kapitalismus. Seit der großen Krise 1997, als die krisenhaften Auswirkungen der neoliberalen Politik die „Tigerstaaten“ vollständig erfassten, ist die Wirtschaft Asiens weiter auf Kosten der Bevölkerung umstrukturiert und liberalisiert worden. Die Ausweitung des Freihandels führt zu endgültiger Armut, welche sich in Verbindung mit Arbeitslosigkeit und Unsicherheit verbreitet. Asien ist zugleich eine zentrale Militärbasis für die USA, die so ihre Macht in der Region ausdehnen und ihre ökonomischen und strategischen Interessen absichern kann. Seit der sogenannten Kriegserklärung gegen den Terror im Jahr 2001, bedrohen die US Militärinterventionen in dieser Region die Sicherheitsinteressen der Bevölkerung. Diese Destabilisierungsstrategie der USA kann hier überall, und auch in Korea, wo wir uns gerade aufhalten, beobachtet werden.

Neoliberale Globaliserung und Militarismus gehen Hand in Hand. Wir erkennen die Besatzung des Irak durch die USA und die WTO/FTAs als zentrale Widerstandsziele, welche die bewaffnete Globalisierung symbolisieren. Wir werden den Kampf gegen die Besatzung des Irak und Palästinas fortsetzen bis die Befreiung beider Länder erreicht ist. Wir fordern den Abzug der Truppen der USA und ihrer Verbündeten.
Wir werden weiterhin Druck auf unsere Regierungen ausüben, um die Entsendung asiatischer Truppen zu beenden. Wir müssen unseren Sieg in Cancun nutzen, um die aktuellen Verhandlungen über die Landwirtschaft zu verhindern. Wir müssen den Einfluss der EU und der USA stoppen. Bildung, Gesundheit, Wasser, Kultur und alle wesentlichen öffentlichen Dienstleistungen sind nicht zu verkaufen, weder an/durch die WTO noch die FTAs. Wir werden uns unsere Rechte zurück erobern.

Deswegen rufen wir alle Völker und sozialen Bewegungen auf, uns in folgendem Aktionsplan zu unterstützen:

30. Juni – Die USA werden einer Marionettenregierung im Irak die Macht übergeben und gleichzeitig versuchen ihre illegale Besatzung zu legitimieren. Wir wiederholen unsere Forderung nach einer Beendigung der Besatzung. Wir werden die weltweiten Aktionen zwischen dem 26. und 30 Juni unterstützen.
19. – 24. Juli – Weltweite Aktionswoche für den Erhalt der Souveränität in der Nahrungsmittelproduktion. Stopp der WTO-Verhandlungen über Landwirtschaft
10. September – Gedenken des Todes von Lee Kyung Hae in Verbindung mit einem internationalen Aktionstag für den Erhalt der Souveränität in der Nahrungsmittelproduktion.
2005: WTO Treffen in Hong Kong - Wir mobilisieren weltweit in gemeinsamer verstärkter Solidarität gegen das Treffen der WTO in Hong Kong im Jahre 2005. Wir begrüßen die Initiative des Komitees in Hong Kong diese Aktion zu planen und zentral zu organisieren. Wir werden die aktuelle erfolgreiche Mobilisierung in Seoul zur Zusammenarbeit und Unterstützung nutzen.

Wir solidarisieren uns mit dem Widerstand der irakischen und palästinensischen Bevölkerung, dem Kampf der Arbeitsmigranten und irregulären Migranten, Gewerkschaften, Landarbeiter, Kleinbauern, Frauen und Armen. Wir werden unsere Aktionen koordinieren, verbreiten und unseren Kampf in Asien verstärken. Globalisiert die Hoffnung! Globalisiert den Kampf!

Übersetzung: Annette Sudek

Erklärung des Forums der Völker anlässlich der G8

Präambel

Als Gegengewicht zum Treffen der Staatschefs der acht reichsten Länder (G8) im amerikanischen Bundesstaat Georgia und als Zeichen der Weigerung der afrikanischen Völker, sich deren Politik zu unterwerfen, versammelten sich Vertreter von sozialen Bewegungen aus Benin, Burkina Faso, der Elfenbeinküste, Gambia, Mali, Mauretanien, Niger, der Demokratischen Republik Kongo, Senegal, Tschad, Togo, aber auch aus Belgien, Kanada, Frankreich und der Schweiz vom 6. bis zum 10. Juni 2004 im Rahmen des Forums der Völker in Kita (Mali). Diese „dritte Ausgabe“ des Forums der Völker nach jenen in Siby 2002 und 2003 zeigte sich um eine Facette reicher: Die massive Teilnahme der Bauern, die aus allen acht Regionen Malis zusammenkamen. Nach 4 Tagen der Begegnung, des Austausches und der Reflexion bei Konferenzen und Workshops haben die über 700 Teilnehmer/innen gemeinsam folgende Erklärung verfasst:

Angesichts

- der Dramatik der wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Krisen auf dem afrikanischen Kontinent als Folge der kapitalistischen neoliberalen Globalisierung und ihrer verheerenden Auswirkungen auf die Bevölkerung;
- des Fehlens globaler Visionen und Strategien in den Entwicklungspolitiken;
- der Zerstörung der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen durch die illegitime Schuldenlast, die Umsetzung von Strukturanpassungsplänen sowie die Vereinnahmung der lokalen Märkte mit der Einführung der ungerechten Vorschriften der WTO;
- der umfassenden Privatisierung von staatlichen Unternehmen und Gesellschaften, die zu Arbeitslosigkeit, dem Zerfall von Familien, sowie einer zunehmende Verarmung aller sozialen Schichten, insbesondere zur „Feminisierung der Armut“ führt;
- der Fahrlässigkeit der afrikanischen Staatschefs, der räuberischen Verwaltung der öffentlichen und natürlichen Ressourcen (Boden, Wälder und Bergwerke) und der Missachtung der Personenrechte;
- der Gestaltung einer Entwicklungspolitik ohne die Einbeziehung der Bevölkerung und ohne die Berücksichtigung ihrer Sorgen und Grundrechte

fordert das Forum der Völker:

- die Ablehnung der neoliberalen Politik (Nepad, AKP-EU, AGOA) sowie die Ausarbeitung von politischen Strategien, die die Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerungen anstreben;
- eine echte Demokratisierung der politischen Systeme sowie die Achtung der Menschenrechte;
- die verstärkte Einbeziehung der afrikanischen Völker in die Ausarbeitung, die Umsetzung und die Weiterführung der Entwicklungspolitik;
- die Berücksichtigung von Alternativkonzepten der sozialen Bewegungen, und besonders die Bildung einer Front der afrikanischen Staatschefs gegen das Diktat der Verursacher von Elend - der internationalen Finanzinstitutionen (IWF, Weltbank) und anderer multinationaler Institutionen;
- den bedingungslosen Erlass der illegitimen Schulden, insbesondere jener Afrikas, aber auch jener der Dritte-Welt-Länder im Allgemeinen sowie die Schaffung eines internationalen Schuldengerichts;
- ein sofortiges Ende der Privatisierungen und die Rückgabe des nationalen Kulturerbes, das von den politischen Führungskräften unter dem Druck des IWF und der Weltbank verschleudert wird, an die afrikanischen Völker;
- die Schaffung eines umfassenden öffentlichen Dienstleistungssystems, insbesondere durch die Einrichtung eines Bildungs- und Gesundheitssystems, das sich durch Qualität, aber auch durch freien Zugang für alle auszeichnet;
- die Anerkennung des Rechts, ja der Aufgabe aller Länder, ihre Landwirtschaft durch Importsteuern auf Grundnahrungsmittel zu schützen;
- die Ablehnung von GVOs, die Schaffung einer Politik, die auf lokaler und regionaler Ebene die Nahrungsmittelsouveränität gewährleistet und einer Bodenpolitik, die auf die Bedürfnisse der bäuerlichen Bevölkerung abgestimmt ist;
- ein Ende des Preisdumpings (Preise niedriger als Produktionskosten) und die Einführung von gerechten und fairen Regeln für den internationalen Handel;
- eine horizontale und gerechte Partnerschaft zwischen dem Norden und dem Süden;
- die Stärkung der Verbindungen zwischen den sozialen Bewegungen des Nordens und des Südens, damit diese gemeinsam ihr Handlungspotential erweitern können.

Wir haben beschlossen, bis zum nächsten Forum der Völker

- ein internationales Organisationskomitee einzurichten und weiterhin an der Umsetzung von Empfehlungen zu arbeiten;
- Informationskampagnen durchzuführen und die Politik des IWF und der Weltbank anlässlich ihres 60. Jahrestages, der dieses Jahr begangen wird, anzuprangern.

Wir sagen:

Nein zur Plünderung unserer Ressourcen und zur Zerstörung unserer Umwelt!
Es lebe die Einheit der sozialen Bewegungen im Kampf um unsere Anliegen!
Es lebe das Forum der Völker!

Forum der Völker
Kita (Mali), le 10 juin 2004

Aus grain de sable 16.6.2004
Übersetzung: C´cile Kellermayr

Freihandel mit Afrika: Garant für Verarmung?

jW sprach mit **Demba Moussa Dembele**,
Direktor des Forums für Afrikanische Alternativen in Senegals Hauptstadt Dakar

Interview: Wolfgang Pomrehn

F: Der ehemalige Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF), Horst Köhler, soll Deutschlands neuer Bundespräsident werden. Welche Empfindungen löst das bei Ihnen aus?

Als Afrikaner möchte ich mich natürlich nicht in die deutsche Innenpolitik einmischen. Aber nach dem, was ich auf Veranstaltungen in Hamburg und Berlin gehört habe, wird Köhler als Präsident die gleiche Politik verfolgen, die er bereits als IWF-Chef vertreten hat. Ich denke, das ist kein gutes Omen für die Deutschen. Diese Politik hat in den Ländern Afrikas vollkommen versagt und die Armut vergrößert. Ursachen hierfür waren die Handelsliberalisierung, die Privatisierungen und die Kürzungen der Sozialausgaben. Die Programme des IWF haben den multinationalen Konzernen mehr Macht gegeben und unseren Staaten Macht genommen.

F: Köhler hat in seiner Zeit als IWF-Direktor viel von Armutsbekämpfung gesprochen. Für einige Staaten wurden entsprechende Finanzhilfen im Rahmen der sogenannten Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität (PRGF) gewährt.

Mit der Armutsbekämpfungsrhetorik soll nur die internationale öffentliche Meinung in die Irre geführt werden. Die Politik hat sich nicht verändert. Wenn man sich die PRGF genauer anschaut, dann erkennt man die gleichen makroökonomischen Maßnahmen, die im Rahmen der Strukturanpassungsprogramme ergriffen werden. Das belegt unter anderem auch ein Bericht der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD). Die Rhetorik mag sich also geändert haben, aber der Kern der Politik ist nach wie vor neoliberal.

F: Nach Ihrer Auffassung erzwingt der IWF die Liberalisierung des Außenhandels. Weshalb ist das für die afrikanischen Länder ein Problem?

Viele unserer Industrien sind klein und können nicht auf dem Weltmarkt konkurrieren. Wenn man also Subventionen und Schutzzölle abschafft, wie es der IWF von uns fordert, dann strömen Importe ins Land, die billiger als unsere eigenen Produkte sind – unter anderem deshalb, weil sie in den Herkunftsländern oftmals subventioniert wurden. Bei uns aber gehen die heimischen Unternehmen an der Konkurrenz kaputt, und die Menschen verlieren Arbeit und Einkommen.

F: Was halten Sie in diesem Zusammenhang von den Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und zahlreichen afrikanischen Staaten?

Diese Abkommen sind nicht gut für uns. Die EU versucht auf diesem Wege, eine Freihandelszone zwischen Afrika und Europa zu errichten. Für uns ginge das mit dem Verlust unserer bisherigen Handelsvorteile einher. Bisher gibt es Vorzugsbedingungen, nach denen die meisten unserer Exporte in die EU zollfrei sind. Europa will diese Verträge jedoch in ein Freihandelsabkommen umwandeln. Europäische Waren würden ungehindert auf unsere Märkte strömen und die heimische Produktion zerstören. Andererseits ist aber Europa ein wichtiger Exportmarkt für Afrika, was in den Verhandlungen als Druckmittel gegen uns verwendet wird.

F: Was ist aus Ihrer Sicht der wichtigere Entwicklungsfaktor? Die Öffnung der Märkte im Norden für afrikanische Waren oder die Abschottung der eigenen Märkte als Mittel zur Entwicklung der heimischen Industrie?

Afrika muß seine eigenen Märkte schützen. Die Idee, mit der Ausrichtung auf den Export die Länder zu entwickeln, hat versagt. Auch ohne Zölle auf unsere Waren, wie es derzeit im Handel mit der EU überwiegend Praxis ist, gibt es zahlreiche Beschränkungen und Hindernisse. Wir brauchen also unsere eigenen Märkte, wie zum Beispiel die Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS). Darum sollten sich unsere Regierungen stärker kümmern, als um die Verhandlungen mit der EU. Natürlich brauchen wir manchmal auch externe Märkte, aber für viele Güter sind die USA oder Europa viel zu weit entfernt. Was man hierbei für Transport und Marketing aufbringen muß, wäre besser in den Aufbau regionaler Märkte angelegt. In den ECOWAS-Ländern leben immerhin 300 Millionen Menschen. Das könnte ein großer Markt werden, der entwickelt werden muß.

Attac Frankreich:
Unterstützung der RAID-Attac-Tunesien

Der tunesische Innenminister hat so eben der tunesischen Menschenrechtsliga und der progressiven demokratischen Partei das Verbot ausgesprochen, ihre Räume für die Durchführung des zweiten Kongresses der RAID-Attac zur Verfügung zu stellen.. **Diese Entscheidung schließt sich an zahlreiche Einschüchterungsversuche und auch an Gewaltakte an, die von der Polizei gegen führendes Mitglied der RAID-Attac-Tunesien verübt wurden.**
Die Ausübung der Assoziations- und der Meinungsfreiheit, welche in internationalen Texten anerkannt sind und die der tunesischen Regierung entgegengehalten werden können, wird von der tunesischen Staatsgewalt – weder respektiert noch garantiert.
Attac Frankreich bestätigt erneut seine Unterstützung zur RAID-Attac-Tunesien und **fordert die tunesische Staatsgewalt dringend auf, die Ausübung der Grundfreiheiten zu respektieren und zu garantieren,** gemäß seiner internationalen Verpflichtungen zu handeln und sich als demokratischer Staat zu verhalten.

Eine Kopie dieser Nachricht wird versandt an:
RAID-Attac-Tunisie **fatcham@yahoo.fr**
prm@ministeres.tn (tunesischer Premierminister)
(…)Tunesische Botschaft in Paris - fax : 01 45 56 02 64

Attac-Büro, Paris, den 23. Juni 2004

Irak: Washington regiert weiter

Mit 98 "rechtsverbindlichen Dekreten" wollen die USA bis 2009 im Irak mitbestimmen - auch wenn die Dekrete im Widerspruch zum Völkerrecht stehen ANDREAS ZUMACH

Auch nach der gestern offiziell vollzogenen Machtübergabe an eine "souveräne" Regierung in Bagdad wollen die USA weiterhin erheblichen Einfluss im Irak ausüben. Und dies nicht nur durch die fortgesetzte Anwesenheit von derzeit 149.000 Soldaten, die durch die jüngste Irakresolution (1586) des UNO-Sicherheitsrates zumindest formell eine wenn auch fragwürdige völkerrechtliche Legitimation erhalten haben. Sondern auch durch 98 "rechtsverbindliche Dekrete" die der bisherige Besatzungschef Paul Bremer in den letzten Wochen vor seiner Abreise erlassen hat.

Unter anderem regeln diese Dekrete wichtige Aspekte der künftigen Wahlgesetzgebung Iraks, der Wirtschaftsordnung und des Strafrechts sowie die Immunität US-amerikanischer Soldaten und Zivilisten gegenüber der irakischen Justiz. Die Mehrheit dieser Dekrete soll für fünf Jahre gelten - und damit nicht nur die jetzt amtierende Interimsregierung binden, sondern auch die endgültige Regierung des Landes, die aus für Ende 2.005 geplanten freien Wahlen hervorgehen soll. Für derartige Dekrete der bisherigen Besatzungsmacht gibt es weder in der UN-Resolution 1586 noch an anderer Stelle im Völkerrecht irgendeine Legitimation. Bereits Anfang Juni - als über die UN-Resolution im Sicherheitsrat noch verhandelt wurde - ernannte Bremer per Dekret für jedes der 25 Ministerien der Interimsregierung einen von ihm ausgewählten "Generalinspektor". Diese Inspekteure sollen bis Mitte 2009 im Amt bleiben.

Das Dekret, das künftig wohl zu den größten Konflikten führen dürfte, ist die Wahlgesetzgebung, die Bremer am 15. Juni unterzeichnete. Danach sind Parteien, die in Verbindung zu einer Miliz stehen oder standen, von Wahlen ausgeschlossen. Eine siebenköpfige Wahlkommission, deren Mitglieder von Bremer ernannt wurden, soll einen Verhaltenskodex für politische Kandidaten erlassen, der "Hassreden, Einschüchterung sowie die Anwendung oder Unterstützung terroristischer Maßnahmen" verbietet. Die Kommission hat das Recht, Parteien oder Kandidaten, die nach ihrer Einschätzung gegen diese Regeln vestoßen, von der Teilnahme an Wahlen auszuschließen.

Diese Bestimmungen könnten zum Ausschluss von Schiitenführer Mohammed al-Sadr führen, der nach monatelangen militärischen Auseinandersetzungen mit den US-geführten Besatzungstruppen kürzlich seine Absicht zur Teilnahme am politischen Prozess und zur Kandidatur bei künftigen Wahlen erklärt hatte.

Ein weiteres Dekret Bremers verbietet Mitgliedern der ehemaligen irakischen Armee für 18 Monate nach ihrem Dienstende die Übernahme öffentlicher Ämter. Exsoldaten oder auch Zivilisten, die während der Besatzungszeit Granaten und andere großkalibrige Waffen verkauft haben, sollen eine Mindeststrafe von 30 Jahren Gefängnis erhalten. Diese Bestimmungen sowie die Wahlgesetzgebung könnten schon bald in Konflikt geraten mit der Amnestie, die der neue Regierungschef Ajad Allawi am Wochenende für die Unterstützer von "Widerstandsaktionen" gegen die Besatzung angekündigt hatte.

In verschiedenen Dekreten zu Wirtschafts-, Finanz- und Steuerfragen setzte Bremer den künftigen irakischen Steuersatz auf maximal 15 Prozent fest und erließ Regeln für die Privatisierung der irakischen Wirtschaft wie auch für den Schutz von Microchip-Designs sowie von Urheber- und anderen intellektuellen Besitzrechten. Mit diesen Regeln soll nach Aussage von Mitarbeitern Bremers der Beitritt Iraks zur Welthandelsorganisation (WTO) erleichtert werden.

Bremer verlängerte auch seine völkerrechtswidrige "Verfügung 39", mit der er im September 2003 rund 200 irakische Unternehmen privatisierte. Weitere Dekrete verbieten Arbeit von Kindern unter 15 Jahren und "den Gebrauch der Autohupe außer in Notfallsituationen". Sein letztes Dekret erließ Bremer am Wochenende: Es verlängert die zu Beginn der US-geführten Besatzungskoalition erlassene "Verfügung 17", mit der sämtlichen Angehörigen dieser Koalition - Soldaten wie Zivilisten - vollständige Immunität gegenüber der irakischen Justiz sowie gegen die Festnahme oder Inhaftierung durch irakische Sicherheitskräfte gewährt wird. Diese Immunitätsbestimmungen gelten künftig unverändert für alle Soldaten und Zivilangehörigen der seit gestern als "multinationale Truppe" unter US-Kommando firmierenden ausländischen Streitkräfte im Irak und neu auch für Personen, die an Aufbauprojekten beteiligten sind.

Laut einem ebenfalls von Bremer formulierten Anhang zu der seit März dieses Jahres geltenden vorläufigen Verfassung können die 98 Dekrete nur schwer außer Kraft gesetzt werden. Das geht nur, wenn sowohl Regierungschef Allawi als auch eine Mehrheit seiner 25 Minister und außerdem der Präsident und seine beiden Stellvertreter zustimmen.

taz Nr. 7395 vom 29.6.2004

Naomi Klein: Schamlos im Irak

Gute Neuigkeiten aus Bagdad: Das Managementbüro der provisorischen US-Zivilverwaltung (PMO), das den mit 18,4 Mrd. Dollar dotierten Wiederaufbaufonds verwaltet, hat endlich eine Abmachung bekannt gegeben, die es einhalten kann: Sicher, die Stromversorgung ist unter Vorkriegsniveau, die Straßen ersticken im Müll und die Mehrheit der Iraker ist arbeitslos. Dafür hat PMO nun mit der britischen Söldner-Vermietungsfirma Aegis einen Vertrag abgeschlossen, um seine Angestellten gegen "Mord, Entführung, Insultierung" und - man höre und staune - "Bloßstellung" zu schützen.

Ich weiß nicht, ob es Aegis gelingen wird, PMO-Angestellte vor Gewaltattacken zu bewahren, aber "Bloßstellung"? Ich würde sagen: Mission bereits erfüllt. In Verlegenheit bringen kann man nämlich nur Menschen mit Schamgefühl. Und die Leute, die für den Wiederaufbau des Irak verantwortlich sind, kennen keine Scham.

Geld abgezweigt

In diesen Tagen vor der Auslieferung am 30. Juni (ich schaffe es nicht, das als "Übergabe" zu bezeichnen) haben die US-Besatzer keine Gelegenheit ausgelassen, Geld, das zur Unterstützung der Kriegsgeschädigten bestimmt war, für sich selbst abzuzweigen: Das State Department hat z.B. 184 Millionen Dollar, die für Trinkwasserprojekte bestimmt waren, für die pompöse Renovierung der US-Botschaft in Saddams ehemaligem Plast umgewidmet.

Wenn Bremer und seine Leute tatsächlich ein Schamgefühl hätten, müsste es ihnen auch peinlich sein, dass sie von den 18,4 Milliarden bisher nur 3,2 ausgegeben haben und daher mit dem Wiederaufbau auch so deutlich im Rückstand sind. Erst sagte Bremer, das Geld würde freigegeben, sobald der Irak wieder souverän ist, aber offenbar hatte dann jemand eine bessere Idee: Verteile die Auszahlung über fünf Jahresraten, damit Botschafter Negroponte die Summe als Kredit einsetzen kann. Mit 15 Mrd.

Schulden auf dem Buckel werden sich die Iraker dann wohl schwer tun, sich den US-Wünschen nach Militärbasen und ökonomischen "Reformen" zu widersetzen.

Wiederaufbau als einziger Schwindel

Aber es geht nicht nur um Finanzskandale - der ganze Wiederaufbau entpuppt sich immer mehr als einziger Schwindel: Von Anfang an haben es die Architekten dieses Projekts abgelehnt, nach einem New-Deal-artigen Konzept der öffentlichen Auftragsvergabe vorzugehen. Stattdessen betrachtet man die Sache als eine Art Freispiel für Privatisierungsideologen. Zielvorstellung: multinationalen Firmen - v.a. aus den USA - die Möglichkeit zu bieten, den Irak zu überschwemmen und mit ihrer Geschwindigkeit und Effizienz die Iraker zu überrumpeln. Die sind aber mit noch ganz anderen Dingen konfrontiert: Dringend benötigte Arbeitsplätze gehen an Amis und Europäer.
Die Straßen sind mit Trucks überfüllt, die Produktionsmittel aus dem Ausland herbeikarren, während irakische Fabriken nicht einmal mit Notstromgeneratoren ausgestattet wurden. Der Wiederaufbau wird nicht als Abkehr von der Invasionspolitik, sondern als deren Fortsetzung mit anderen Mitteln betrachtet. Daher ist er auch zu einem Ziel des Widerstands geworden.
Die Besatzer haben darauf reagiert, indem sie sich noch mehr als bisher als Invasoren gerieren: Nach jüngsten Schätzungen werden 25 Prozent der gesamten Aufwendungen für den Wiederaufbau von Sicherheitskosten aufgefressen - Geld, das beim Bau von Spitälern und Wasserleitungen dann natürlich fehlt.
Ist das "bloßstellend"? Nicht im Mindesten: Das ist das, was die Besatzer unter "Souveränität" verstehen. Die Herren von Aegis können sich also, was diesen Punkt betrifft, entspannen.

http://derstandard.at/?id=1710048 , 27.06.2004 © 2004 derStandard.at - Alle Rechte vorbehalten.
Übersetzung: Mischa Jäger

Irak-Tribunal: Die Kriegsverbrechen müssen verfolgt werden

Abschlußerklärung des Berliner Hearings am 19.6.2004

"Wer einfach zur Tagesordnung übergeht, kapituliert vor den nächsten Kriegen"

Die deutsche Auftaktkonferenz für ein internationales Tribunal über den Krieg der USA, Großbritanniens und anderer Verbündeten gegen den Irak am 19. Juni 2004 in Berlin hat ergeben: Eine weitere Untersuchung und Verfolgung der auf der Anhörung vorgebrachten Anschuldigungen schwerer Verstöße gegen internationales Recht im Krieg und bei der nachfolgenden, faktisch noch andauernden Besatzung ist dringend notwendig.
Nach der Anhörung von internationalen Augenzeugen aus dem Irak, von Sachverständigen und von Völkerrechtsexperten sind wir, die Veranstalter, davon überzeugt: US-Präsident George W. Bush, der britische Premierminister Tony Blair, führende beteiligte Militärs und andere politisch und militärisch Verantwortliche müssen für Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschheit und schwerwiegende Verstöße gegen das humanitäre Kriegsvölkerrecht zur Verantwortung gezogen werden.
Gleiches gilt hinsichtlich der Ausübung der Besatzungsherrschaft, bei der fortgesetzt gegen die Genfer Konvention verstoßen wird: u.a. durch die unzureichende Versorgung und fehlende Sicherheit für die Bevölkerung, die willkürliche Anwendung von Gewalt gegen die Zivilbevölkerung, die unrechtmäßige Festnahme von Zivilisten, Misshandlungen und Folter, die wirtschaftliche Ausplünderung, ökologische Zerstörung und soziale Verwüstung des Landes.
Die Invasion des Iraks war der Endpunkt eines langen Krieges, der durch Belagerung und Bombenangriffe aus der Luft die Lebensgrundlagen von 22 Millionen Menschen bereits zuvor systematisch geschädigt hatte. Das mörderische Sanktionsregime, das für den Tod von mehr als eineinhalb Millionen Menschen verantwortlich gemacht wird, wirft gemäß UN-Menschenrechtskommission sogar „Fragen in bezug auf die Völkermordkonvention" auf.
Nicht zuletzt sehen wir unsere Aufgabe auch darin, die Unterstützung der deutschen Regierung für den Irak-Krieg (u.a. durch die Bereitstellung seines Territoriums) zu untersuchen, die in der Anhörung als Verstoß gegen Grundgesetz und Völkerrecht bewertet wurde.
Die US-Regierung entzieht sich systematisch strafrechtlicher Verantwortung, u.a. durch ihre Obstruktionspolitik gegen den Internationalen Strafgerichtshof.
Da es keine offiziellen Institutionen gibt, die diese Verbrechen verfolgen, müssen Tribunale von unten organisiert werden – in vielen Länder wurde damit bereits begonnen.
Es wurde vereinbart, als Ergebnis vorbereitender Anhörungen zu den genannten Punkten in internationaler Zusammenarbeit eine Anklageschrift zu erarbeiten und die Beweise zu erheben. Die Tribunalbewegung, getragen von den weltweiten Friedens-, Menschenrechts- und globalisierungskritischen Bewegungen und mit dem moralischen Rückhalt der vielen Millionen, die sich letztes Jahr aktiv gegen den Irakkrieg engagierten, stützt sich dabei strikt auf geltendes Recht, u.a.: die Charta der Vereinten Nationen, die Charta des Internationalen Nürnberger Militärtribunals, die Resolution 3314 (1974) der Vollversammlung der Vereinten Nationen, die Genfer Konvention von 1949 und ihre Protokolle von 1977 und andere völkerrechtliche und nationale Vorschriften.
In Deutschland wird der Tribunalprozess fortgeführt, der in einem internationalen Tribunal münden soll. Wir unterstützen zudem alle nationalen und internationalen Initiativen, Anhörungen und Tribunale über diesen Krieg, um gemeinsam die Wahrheit über den Irak-Krieg zu enthüllen, seine Vorgeschichte, seinen Verlauf und seine z.T. sehr langfristigen Folgen. Wir sehen dies als wichtigen Beitrag dafür, allen Bestrebungen, entgegen allen Prinzipien des Völkerrechts und der UNO-Charta Krieg wieder als gängiges Mittel der Politik zu etablieren, entgegenzutreten und dem internationalen Recht wieder stärkeres Gewicht zu verschaffen.
Wir teilen die von den Experten vorgetragene Ansicht: Die neue Irak-Resolution des UN-Sicherheitsrats heilt die genannten Verstöße nicht. Die am 8. Juni 2004, auch mit der Stimme des deutschen Vertreters, vom UN-Sicherheitsrat angenommene Resolution 1546 schweigt zu den von den Invasoren begangenen Völkerrechtsverletzungen und billigt ihnen weiterhin die volle Kontrolle über das eroberte Land zu. Angesichts des Verbleibs der Besatzungstruppen unter US-Kommando ist die von der Besatzungsmacht eingesetzte Regierung keineswegs souverän und der irakischen Bevölkerung bleibt ihr Recht auf Selbstbestimmung verwehrt –die Besatzung dauert an.
Damit dem Unrecht nicht immer neues Unrecht hinzugefügt wird, fordern wir das sofortige Ende der Besatzung und den sofortigen Rückzug der Invasoren.

www.iraktribunal.de/hearing190604/resolution_dt.htm

Wahlen in den USA

James Petras, Rebelión, 4.3.2004

Aristoteles definiert Oligarchie als ein politisches System, in dem einige wenige die Herrscher wählen, die über die vielen herrschen sollen. Diese Beschreibung trifft exakt auf die Vorwahlen (Primaries) und die allgemeinen Wahlen in den USA zu. Im Staat New York nahmen nur 15% der Mitglieder der Demokratischen Partei an den Vorwahlen teil. Kerry gewann mit 8% der registrierten Demokraten. In den allgemeinen Wahlen im kommenden November können 25 Millionen (aus 50 Millionen) Wähler entscheiden, wer über 280 Millionen Bürger herrschen wird. Die überwiegende Mehrheit der Schwarzen, Latinos und armen Arbeiter werden nicht wählen gehen, weil sie den Eindruck haben, dass weder der Republikaner Bush, noch der Demokrat Kerry die Probleme anspricht, die ihr Leben betreffen. Wie Cason und Brooks schrieben (La Jornada, 4. März, 2004), dreht sich dieser Wahlkampf nur um Interna und die meisten Wähler favorisieren Kerry nur deshalb, weil sie meinen, er wäre imstande, Bush, den amtierenden Reaktionär, zu schlagen. Der begründete Hass vieler Wähler in den USA gegen Bush hat allerdings auch eine andere Seite – die emotionale Hinwendung zu einem reaktionären Demokraten.

Senator John Kerry, der reichste Mann im US Senat, hat Verbindungen zu Großbanken und jeder konservative Senator kann ihn um sein Abstimmungsverhalten beneiden. Außenpolitisch kritisiert Kerry Bush und Rumsfeld dafür, dass sie nicht genug Truppen in den Irak gesendet hätten. Er verlangt mehr als 40 000 Soldaten, um das koloniale US Besatzungsregime, das „provisorische“ Marionettenregime und die Öl-Interessen der USA zu schützen. Kerry unterstützt bedingungslos den Krieg Israels gegen die Palästinenser, die Apartheid-Mauer von Sharon und die Fortschreibung der Militärhilfe von jährlich 3 Milliarden US$. Kerry erklärte, die Wirtschafts- und Reiseblockade der Miami Mafia gegen Kuba zu unterstützen gegen die Interessen mächtiger Geschäfts- Agrar- und Tourismusinteressen, welche die Handels- und Reisebeschränkungen der USA ablehnen. Kerry war während all seiner Jahre im Senat ein vehementer Unterstützer des freien Handels, der Welthandelsorganisation (WTO) und der Freihandelszone für ganz Amerika (ALCA). Kerry unterstützte den Krieg der Bush Administration gegen den Irak, gegen Afghanistan und die Feindseligkeiten gegen Syrien und den Iran. Kerry hinterfragte weder den Versuch Bushs, Präsident Chavéz von Venezuela zu stürzen, noch die drei Jahre lange Bush/Noriega/Reich Blockade von Haiti. (Erst als Aristide während seines Wahlkampfes vertrieben wurde, verlangte er eine „Untersuchung“.) Kerry verlangte weder eine Reduktion des aufgeblähten Militär-Budgets, noch distanzierte er sich von Bushs Säbelgerassel gegenüber Nordkorea oder von der provokanten Politik gegenüber Russland. (Die Einrichtung von Militärbasen am Balkan, im Kaukasus und jüngst in den baltischen Staaten.) Es ist leicht möglich, dass daraus ein neuer Kalter Krieg entsteht, egal, wer die Präsidentenwahlen gewinnt.

Innenpolitisch ist John Kerry bekannt als „Senator JA“. Er stimmte für das repressive Heimatschutzgesetz (Patriot Act), die Steuerermäßigungen für die Reichen und für die Deregulierung der Finanzwirtschaft. Kerry lehnte jeglichen fortschrittlichen Sozialplan ab, die Legalisierung mexikanischer Immigranten, jede Kontrolle über Spekulationskapital, jede ernsthafte Wirtschaftsförderung für die Schwarzen, die staatliche Arbeitsmarktförderung, fortschrittliche Arbeiterschutzgesetze, oder den Kündigungsschutz. Kerrys einziger Vorschlag zur „Reform der Arbeitswelt“ war, Unternehmer zu verpflichten, Arbeitnehmern ihre Kündigungen drei Monate vorher bekannt zu machen. Kerrys Vorschlag gegen den Verlust von drei Millionen Arbeitsplätzen unter Bush war, den Großunternehmern steuerliche Anreize zu gewähren, damit sie US Arbeiter einstellen.

Das Abstimmungsverhalten von John Kerry der vergangenen Jahre und sein gegenwärtiges Wahlprogramm lässt darauf schließen, dass auch er ein „Kriegspräsident“ sein will, vielleicht mit etwas geschmeidigeren Diplomaten und etwas mehr formellen Konsultationen mit den europäischen Regierungen. Er wird die Politik des freien Marktes fortsetzen nach dem Prinzip der Brosamen von oben, das Clinton eingeführt hatte und das von Bush radikalisiert wurde.

Wo bleiben die Linken und Fortschrittlichen der USA?

Die überwältigende Mehrheit derer, die zu den Fortschrittlichen der USA gezählt werden können und sogar die Linken nehmen eine Position ein wie „Jeder nur nicht Bush”. Die Wahl des „geringeren Übels“, die zu einem „schlimmeren Übel“ führt, ist den „Fortschrittlichen“ der USA wohl vertraut. Sie wählten 1960 Kennedy und bekamen dafür den Viet-Nam-Krieg und schrammten knapp am 3. Weltkrieg vorbei (Kubakrise). Sie wählten Lyndon Johnson (als das kleinere Übel) und bekamen 500 000 Soldaten, die nach Indochina geschickt wurden, wo 58 000 fielen. Sie wählten Jimmy Carter und bekamen den 2. Kalten Krieg. Sie wählten Clinton und bekamen die Invasion am Balkan und das Bombardement von Belgrad. Die Geschichte wiederholt sich, zuerst als Tragödie und später als Farce. Im Gegensatz zu den Demokraten der Vergangenheit, verspricht Kerry nicht den Frieden nicht eine Große Gesellschaft oder eine staatliche Gesundheitsfürsorge wie Kennedy, Johnson und Clinton, die nachher die Wähler betrogen. Er bietet nichts als leere Plattitüden, Opposition zu Bush und sein Verhalten im Krieg. Kerrys erster außenpolitischer Berater, Rand Beer, war bis vor Kurzem im nationalen Sicherheitsrat von Präsident Bush.

Die Unterstützung der Fortschrittlichen für Kerry wird die Linke als einzige sinnvolle Alternative in diesen Wahlen förmlich eliminieren. Ja noch schlimmer, es wird Massenproteste wie in Seattle (1999) schwächen oder gar von der politischen Agenda streichen. Der Slogan „Jeder nur nicht Bush“ bringt die fortschrittlichen Kräfte auf die Seite von Krieg, ALCA und vor das Lager der sozialen Ausgrenzung. Sicher wird es am 20. März Friedensdemonstrationen geben, aber Kerry wird sie ignorieren. Es wird beim Demokratischen Parteitag in Boston auch Debatten der Fortschrittlichen geben, aber man wird nur zum Fenster hinaus reden. Kerry wird nicht der kleinen Minderheit von Dissidenten Rechenschaft legen, sondern den 1000 wohlhabenden Sponsoren seines Wahlkampfes, die ihm die Millionen zur Verfügung stellen für seine elektronische Kampagne um die Unterstützung der 25% der Wähler, die er braucht, um zu gewinnen.

Was bleibt uns und den Bürgerbewegungen der USA und in Lateinamerika? Was die USA betrifft, wird eine kleine Minderheit der Wähler fortschrittliche Kandidaten wählen (z. B. Ralph Nader), die Mehrheit der Wähler wird nicht wählen und ziemlich viele werden kapitulieren und Kerry unterstützen. Damit verabschiedet sie sich vom Kampf für Frieden und Gerechtigkeit. Das Wahljahr 2004 – die Linke der USA wird in die Wüste geschickt.

In Lateinamerika hingegen hat das Jahr 2004 mit starken Konfrontationen begonnen: Die erfolgreiche Invasion der USA in Haiti und der Sturz des Präsidenten Aristide und die massive Destabilisierungskampagne gegen Präsident Chavéz. Die militärische Offensive Washingtons im Jahr 2004 wird allerdings nur von „außen“ kritisiert nicht im Land selbst. Im Irak, auf Kuba und in Venezuela erleidet die Kriegspräsidentschaft Bushs blamable Niederlagen. Die koloniale Besatzungs-„Koalition“ hat heute die Kontrolle über die großen Städte im Irak verloren. Nur die irakische Söldnerpolizei patrouilliert die nächtlichen Straßen unter schweren Verlusten. Die Soldaten der USA bleiben an der Peripherie aus Angst vor den 90% der Iraker, die mit Gewalt gegen ihre Bestrebungen, „interne Konflikte“ zu beruhigen, ankämpfen. Die USA verlieren den Krieg zwar nicht militärisch aber politisch. Das provisorische Marionettenregime wird unmittelbar nach dem Abzug der US Truppen zusammenbrechen.

Kuba hat die US-Pseudo-Opposition erfolgreich isoliert, den Handel mit US Firmen diversifiziert und das Sicherheitssystem gewappnet gegen mögliche künftige Provokationen durch die Bush/Noriega/Reich Bande.

In Venezuela genießt Präsident Chavéz die Unterstützung von Millionen von Aktivisten und die Loyalität der Streitkräfte und beschleunigt seine Sozialreformprogramme. Die von den USA finanzierte Destabilisierungskampagne und die gewalttätigen paramilitärischen Gruppen sind zurückgedrängt, wenn auch noch nicht ausgeschaltet. Trotz dreier fehlgeschlagener Versuche, Chavéz zu stürzen, verfolgen die USA noch immer eine Strategie der inneren Gewalt, des Bürgerkriegs und der militärischen Invasion mit unvorhersehbaren Konsequenzen für ganz Lateinamerika.

Für die Bürgerbewegungen in Lateinamerika und den USA und ihrem Kampf um Selbstbestimmung, soziale Gerechtigkeit und Frieden sind die oligarchischen Wahlen in den USA nichts als ein lautes Massenmedien-Spektakel ohne Hoffnung oder Ermutigung. Wie auch immer, der tatsächliche Konflikt besteht nicht zwischen Bush und Kerry, sondern zwischen Bush/Kerry und Chavéz, Castro und den Irakern. Die Zukunft der Oligarchien dieser Welt reitet weiter auf dem Wahlausgang in den USA. Die Zukunft der Menschheit besteht in der Hoffnung auf erfolgreichen Widerstand im Irak, auf Kuba und in Venezuela und bei den Bürgerbewegungen im Rest der „Dritten Welt“ und im Widerstand gegen den Gewinner der Wahlen im November, wen immer die Oligarchie erwählen wird.

http://www.rebelion.org/petras/english/040401petrasus.htm
Übersetzung aus dem Englischen: Herbert Kaser, Austria

Ein Bild von Ronald Reagan aus der Sicht der Entwicklungsländer

Walden Bello

Eines kann man sicher über Ronald Reagan sagen: er wusste wann es Zeit ist, Fersengeld zu geben. Als 1983 im Libanon ein Selbstmord Attentäter das Leben von 241 US Marinesoldaten hinwegraffte, zog er, ohne einen Augenblick zu zögern, die US-Interventionstruppen zurück, emsig bemüht zu vermeiden, was er und seine Berater für einen Morast hielten, in dem die Strategien der USA versinken könnten. Seine sturen ideologischen Nachfolger im Weißen Haus könnten sich ein Beispiel an ihm nehmen und lernen, wann ein Rückzug angesagt ist.
Der Rückzug aus dem Libanon ist jedoch das einzige Positive, das der Autor über Reagans Amtszeit berichten kann.
Seine strategische Politik war beängstigend: Washington sollte eine entscheidende Überlegenheit als Nuklearmacht über die Sowjetunion erringen und sich auf die Möglichkeit eines „begrenzten nuklearen Krieges“ mit den Sowjets vorbereiten. Die Politik der Entspannung in den Ost-West Beziehungen wurde verlassen und seine Planer erhöhten die Anzahl strategischer Ziele eines Atomkrieges in der Sowjetunion von 25.000 auf stattliche 50.000.
Aber eigentlich führte Reagan seine Kriege in der „Dritten Welt“ und er tat dies im Stil eines Spielplatz-Rowdys, wann und wo immer er damit durchkommen konnte.
Zuerst marschierte er im winzigen Granada ein und vertrieb die linksgerichtete Regierung, mit der Rechtfertigung, dass seine Diplomaten ein „Ersuchen“ um Invasion von Seiten der eher unbekannten Organisation der Ost-Karibischen Staaten (Organization of Eastern Caribbean States, OECS) fabrizierten. Auch das Verminen der nicaraguanischen Häfen, sowie die Finanzierung und Bewaffnung von Söldnern, den „Contras“, um die sandinistische Regierung Nicaraguas zu stürzen, gehört mit zu seinen Verletzungen internationalen Rechts. Dann gab es 1986 die Bombardierung von Tripolis und Bengasi – um Muammar Gaddhafi durch „chirurgische“ Luftwaffenschläge zu töten, statt dessen wurden die Tochter des Alleinherrschers und zahlreiche libysche Zivilisten getötet.
Die Nachricht von Reagans Wiederwahl feierten die Rechten in El Salvador mit Feuerwerken. Sie wurden nicht enttäuscht. Auch nicht Ferdinand Marcos, dem Reagans Emissär George H. W. Bush anlässlich eines Besuchs 1981 den folgenden Toast ausbrachte: "Wie lieben Sie, mein Herr... Wir lieben Ihre Achtung demokratischer Rechte und Prozesse“. Es brauchte unglaublichen Druck von Seiten der Pragmatiker des Außenministeriums, wie dem damaligen Unterstaatssekretär Michael Armacost um Reagan dazu zu bewegen, Marcos während des Volksaufstandes von 1986 fallen zu lassen. Aber während er sich den politischen Realitäten fügte, sorgte er dafür, dass sein guter Freund Ferdinand auf Hawaii in ein komfortables Exil untertauchen konnte.
Reagan und seine ideologische Weggefährtin Margaret Thatcher initiierten die Revolution des neo-liberalen freien Marktes, das war das Ende der Sozialpartnerschaft der Nachkriegszeit im Norden und auch der auf Entwicklung ausgerichteten politischen Strömungen des Südens.
Man kann sagen, dass Reagan nicht an eine Einkommens-Umverteilung glaubte. Was immer er tat, war im Interesse der Reichen. Gewerkschaftsfeindliche Politik, willkürliche Entlassungen, Budgeteinschränkungen und Einsparungen bei den Sozialprogrammen vernichteten die Einkommen arbeitender Massen im Norden. Aus den Statistiken erfährt man:
Zwischen 1979 und 1989 sank der Stundenlohn von 80 % aller Arbeitnehmer, wobei der Reallohn des typischen oder durchschnittlichen Arbeitnehmers um fast 5 % absank. Am Ende der republikanischen Ära 1992 verfügten die unteren 60 % der Bevölkerung über den niedrigsten Anteil und die oberen 20 % über den höchsten Anteil am gesamtem Einkommen - der größte Unterschied, der jemals verzeichnet wurde. Und in der Tat, unter den 20 % an der Spitze war die Zunahme des Reichtums auf die

oberen 1 % konzentriert. Ihre Einkünfte erreichten eine Zunahme von 53 % verglichen mit allen anderen Familieneinkünften.
Reagans Finanzministerium nutzte die hohe Verschuldung der Dritt-Welt-Länder bei den US Banken, um diese dazu zu bewegen, radikale Programme zur Handelsliberalisierung, Deregulierung und Privatisierung anzunehmen, die dann vom Internationalen Währungsfonds unter der Rubrik 'Strukturanpassung' durchgedrückt wurden. Für einen Grossteil der Entwicklungsländer wurden die 80er Jahre zu einer „verlorenen Dekade".
Unter den Strukturanpassungen wuchs in Lateinamerika die Anzahl der Menschen, die in Armut leben von 130 Millionen im Jahr 1980 auf 180 Millionen am Anfang der 90er Jahre. In den meisten Ländern traf die Last der Umstrukturierungsmaßnahmen un- bzw. überproportional die Schichten mit niedrigem oder mittlerem Einkommen, wohingegen die oberen 5 % der Bevölkerung in den meisten Staaten ihren Anteil am Einkommen behielten oder sogar vergrößerten. Am Anfang der 90er verdienten die oberen 20 % der Bevölkerung 20 Mal mehr als die unteren 20 %.
In Afrika waren die strukturellen Anpassungen ein Schlüsselfaktor, der in den 80ern zu einem dramatischen Abfall des Pro-Kopf-Einkommens um fast 2 % pro Jahr führte, so dass am Ende des Jahrzehnts das Pro-Kopf-Einkommen auf das Niveau zur Zeit der Unabhängigkeit in den 60ern gefallen war. Die Weltbank stufte circa 200 Millionen der 690 Millionen Einwohner als arm ein. Beim Anblick der verwüsteten Landschaften, wie sie durch die Markt-Liberalisierung geschaffen wurden, gab der Chef-Ökonom der Weltbank für Afrika zu: "Wir hätten nicht gedacht, dass die Kosten dieser Programme für die Menschen so groß würden, und die ökonomischen Erträge so lange auf sich warten ließen".
Selbst die treuesten Alliierten der USA während des kalten Krieges fühlten den Stachel Reagans. Als er freieren Zugang für US-amerikanische Güter und Investitionen zu den „Schwellenländern", den Tigerstaaten ["Newly Industrializing Countries" (NICs)] Ostasiens forderte, warnte ein Mitarbeiter Reagans:
"Auch wenn die NICs als Tiger betrachtet werden, weil sie so starke und wilde Marktwirtschaftler sind, so hat diese Analogie auch eine dunklere Seite. Tiger leben im Dschungel und nach den Gesetzen des Dschungels. Sie sind eine gefährdete Art.". Ein Handelskrieg wurde gegen Südkorea geführt, damit wandelte sich das massive Handelsdefizit der USA in einem Zeitraum von vier Jahren in einen Handelsüberschuss. Washington zwang Tokio den Wert des Yen im Vergleich zum Dollar drastisch zu erhöhen, um die Importe aus Japan zu reduzieren und die Exporte dorthin zu erhöhen; dies war einer der Faktoren, welche dieses Land in die lange Rezession der 90er Jahre führten.
Wenn man mich fragen würde, was ich auf Ronald Reagans Grabstein schreiben würde, dann wäre es: "Hier ruht ein Mann, der gut für die oberen 20 % seiner amerikanischen Mitbürger und seiner reichen und mächtigen Kumpels im Ausland war, aber schlecht für den Rest von uns."
Oh ja, Reagan gewährte 1985 diesem Linken Exilanten politisches Asyl in den USA, aber dies, so wurde mir versichert, war das Resultat einer bürokratischen Fehlleistung. Aber vielen Dank Mr. Reagan und mögen Sie ruhen in Frieden!

•*Walden Bello ist Professor für 'sociology and public administration' an der 'University of the Philippines' und Geschäftsführer von 'Focus on the Global South' (Bangkok).*

Aufruf gegen die Kontrolle der Medien durch die Waffenproduzenten Dassault und Lagardère und durch Finanzgruppen in Frankreich

Appell des „Observatoire français des médias" vom 18.Juni 2004 gegen die Konzentration und die Beherrschung der Medien durch das Finanzkapital

Heute, am 18.Juni 2004, ist ein trauriger Tag für die Unabhängigkeit der Informations-, Kommunikations-, und Bildungsmittel.
Die Firma des Waffenfabrikanten Dassault ist durch die Europäische Union autorisiert worden, die Kontrolle von 70 Publikationen zu übernehmen, darunter Le Figaro, L' Express und ein Drittel der regionalen Tagespresse, die zuvor in Händen der Gruppe Hersant war.
Ein anderer Waffenfabrikant, Lagardère, der bereits an der Spitze eines Imperiums in den Bereichen Presse, Edition, Vertrieb und audiovisuelle Medien steht, hat sich vor kurzem des Editionsbereichs von Vivendi Universal bemächtigt und damit eine Quasi-Monopolstellung mit der Zustimmung der französischen Regierung errungen.
Schließlich hat sich die finanzielle Holdinggesellschaft Wendel, deren Präsident Ernest-Antoine Seillière auch der des MEDEF (französischer zentraler Arbeitgeberverband - d.Übers.) ist, vor kurzem der Gruppe Editis bemächtigt, der zweitgrößten in Frankreich, die außerdem einen sehr großen Teil der Schulwörter- und Schulbücher herausgibt.
Die von der Regierung Raffarin gewünschte Vereinigung von TF 1 mit den öffentlich rechtlichen Fernsehkanälen zur Schaffung des Kanals C I I, dem Internationalen Informationskanal, der mit öffentlichen Geldern finanziert aber von der Gruppe B.T.P. Bouygues geleitet werden soll, ist im Begriff von der EU-Kommission gebilligt zu werden.
Zuletzt hat ein neues, am 3.Juni verabschiedetes Gesetz das Kartellrecht abgeschwächt, vor allem was die Sendegenehmigungen der regionalen Fernsehsender betrifft.
Unentwegt gelingt es einigen Firmen, die Kontrolle über den Journalismus und die Kommunikation auszuweiten, ohne eine angemessene Reaktion irgendeiner Behörde oder Regierung.
Unentwegt verstärkt die Strategie der Beherrschung der Informationsmittel durch die Politik die Mittel zur Verbreitung von Doktrinen, die die Interessen der Finanzgruppen am meisten begünstigen.
Das Recht der freien Meinungsäußerung ist ein wesentlicher Bestandteil der öffentlichen Freiheiten.
Das Recht auf Qualität der Information, auf Arbeitsbedingungen der Journalisten, die den Anforderungen an ihren Beruf entsprechen, auf eine ausgewogene und ehrliche Darstellung des Zeitgeschehens und der öffentlichen Debatten ist Gegenstand eines Kampfes, den die Demokratien unterstützen müssen.
Wir rufen dazu auf, dass alle tätig werden und dass die politischen Kräfte sich für die Verteidigung des Rechts auf eine freie und breit gefächerte Information einsetzen.

Die Petition ist unter der Internetadresse **http://www.observatoire-medias.info/article 202.html** zur Unterschrift vorgelegt.
Die Unterschriften können auch unter folgender e-mail-Adresse gesammelt werden: **petition@observatoire-medias.info** oder auf dem Postweg. Renaud Lambert
Übersetzung *Barbara Kratky*

Europäische Union als Festung gegen Migranten und Flüchtlinge?

Hamburg – Tor zur Welt?! Der Flüchtlingsrat Hamburg protestiert gegen europäische Sammelabschiebungen!
Wir fordern uneingeschränktes und dauerhaft gesichertes Bleiberecht für alle Flüchtlinge!

Mit großen Festakten in vielen europäischen Städten wurde am 1. Mai ´04 die EU-Erweiterung begangen. Die Europäische Union sei um 70 Mio. Bürgerinnen und Bürger aus zehn neuen Mitgliedstaaten reicher geworden, hieß es allenthalben. Bereits wenige Wochen später, am 26. Mai ´04, wurde den in der EU lebenden Flüchtlingen drastisch vor Augen geführt, was sie von einem vereinigten Europa zu erwarten haben: Von Amsterdam aus wurde die erste gemeinsame europäische Sammelabschiebung nach Afrika durchgeführt. Das wurde erst jetzt durch eine Pressemitteilung des niederländischen Justizministeriums bekannt.

Mit dieser Maßnahme bekommt die Asylpolitik eine völlig neue Qualität!

44 Personen wurden vom Amsterdamer Flughafen Schiphol ausgeflogen, 26 nach Kamerun und 18 nach Togo. An dieser Maßnahme waren neben den Niederlanden Großbritannien, Frankreich, Belgien und die BRD beteiligt. Die Flüchtlinge aus der BRD wurden in der Nacht vom 25. auf den 26. Mai ´04 von einer niederländischen Maschine vom Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel abgeholt. Dazu wurde das Nachtflugverbot aufgehoben.
Aus einer Pressemitteilung des niederländischen Justizministeriums geht hervor, dass dies der Auftakt zu einer Reihe von solchen europäischen Sammelabschiebungen war. Derartige gemeinsame Abschiebeflüge seien effizienter und vergrößerten die Anzahl der Länder, in die abgeschoben werden könne.
Die Europäische Kommission habe am 22. Januar´04 30 Mio. € für „gemeinsame Abschiebungen im EU-Verbund“ für 2005 und 2006 bereit gestellt, teilte der niederländische Minister für Ausländerangelegenheiten und Integration, Verdonk, mit. Dieses Geld sei u.a. bestimmt für die logistische Vorbereitung von gemeinsamen Abschiebungen und für die Flüge selbst.

Der Flüchtlingsrat Hamburg fordert, dass dieses Geld statt für kostspielige und aufwendige Abschiebungen dafür verwendet wird, den Flüchtlingen ein menschenwürdiges Dasein in den europäischen Staaten zu ermöglichen!

Die Hamburger Behörden sind inzwischen dazu übergegangen, Flüchtlinge ohne gültigen Pass oder Passersatzpapiere mit einem von hiesigen Behörden hergestellten und unterschriebenen „EU-Standardreisedokument“ abzuschieben. Es ist zu befürchten, dass diese Praxis im Zuge der europäischen Zusammenarbeit auch in anderen Ländern Schule machen wird.
Viele der abgeschobenen Flüchtlinge waren im Exil an Protestaktionen gegen die Regimes in ihrem Herkunftsland beteiligt. In Kamerun, bzw. Togo, drohen ihnen deshalb Haft und Folter. Der kamerunische Präsident Paul Biya erhält seine Macht mittels Militärgewalt aufrecht, mit der er jeglichen Protest im Keim erstickt. Ebenso der togoische Präsident Gnassingbé Eyadema, der vor 40 Jahren die Form des Militärputsches auf dem afrikanischen Kontinent einführte.
Die abgeschobenen togoischen Flüchtlinge wurden nach eigenen Angaben direkt nach ihrer Ankunft vorübergehend festgenommen und verhört. Von Interesse dabei war ihre politische Tätigkeit in der BRD sowie Kontakte, die sie hier knüpften. Ihnen wurden weitere Verhöre unter der Drohung angekündigt, dass ihre Angehörigen „Probleme“ bekämen, wenn sie sich diesen Vernehmungen verweigerten oder untertauchten. Mindestens einer der kamerunischen Flüchtlinge wurde direkt nach seiner Ankunft verhaftet, seitdem fehlt jede Spur von ihm. Er beteiligte sich im Oktober 2002 an der Besetzung der Botschaft Kameruns in Bonn. Präsident Biya hatte allen Beteiligten Rache angedroht, für den Fall, dass er sie jemals in die Hände bekäme.

Der Flüchtlingsrat Hamburg unterstützt die Forderung hier im Exil lebender Oppositioneller nach sofortigem Abschiebestopp nach Kamerun und Togo!

http://www.fluechtlingsrat-hamburg.de/

Bericht über den Hungerstreik gegen Abschiebungen nach Togo und Kamerun in Berlin 19. - 22. Juni in : http://thecaravan.org

---

Lieber Knast als Residenzpflicht akzeptieren von Birgit Gärtner , Junge Welt, 26.6.2004

Viermal geriet Ahmed Sameer in den vergangenen zwei Jahren in Polizeikontrollen; jedes Mal hatte der palästinensische Flüchtling den ihm zugewiesen Landkreis Gotha unbefugt verlassen. Als Flüchtling unterliegt er der sogenannten Residenzpflicht und darf nicht ohne behördliche Genehmigung verreisen. In dem darauffolgenden Gerichtsverfahren wurde er zu 476 Euro Geldstrafe oder 90 Tagen Haft verurteilt. Dagegen legte er Widerspruch ein. In einer Anhörung vor dem Amtsgericht Gotha wurde die Strafe nun am Dienstag auf 150 Euro reduziert, die er in Raten von drei Euro pro Monat abzahlen könnte.
Doch Sameer wehrt sich auch gegen diese Festlegung. Er will generell nicht zahlen, denn das käme für ihn einer Akzeptanz des Residenzpflichtgesetzes gleich. »Ich werde jedes friedvolle Mittel in Anspruch nehmen, um meine Überzeugung zum Ausdruck zu bringen, daß dieses Gesetz abgeschafft werden muß«, sagte er gegenüber jW. (…)
Sameer hat sich schon kurz nach seiner Ankunft in der BRD Ende April 2002 der Flüchtlingsorganisation »The Voice« angeschlossen. Er nahm an Treffen der Organisation teil, beteiligte sich im Spätsommer 2002 an der Tour der »Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen« (..). Dabei war er mehrfach kontrolliert worden.
»Die Richterin in Gotha hat erkannt, daß ich ein bestimmtes Anliegen verfolge«, meint Ahmed Sameer. »Sie sagte, dieses Gesetz könne nicht vor Gericht abgeschafft werden, ich müsse es politisch bekämpfen.«
Doch genau da schließt sich der Teufelskreis: Selbst, wenn Flüchtlinge es wollen: Für politische Aktivitäten erteilen die Behörden in den seltensten Fällen eine Reisegenehmigung. Also reisen sie ohne Erlaubnis, werden kontrolliert und landen vor Gericht.
S. auch: http://www.thevoiceforum.org/

Attac und die EU-Osterweiterung aus polnischer Sicht

Von Stanislaw Raczka

Mitglied von Attac Polen und zuständig für den Kontakt nach Deutschland.

In Berlin traf sich vor kurzem eine Delegation von Attac Polska mit Vertretern von Attac Deutschland. An diesem Treffen nahm auch ein Vertreter von Attac Österreich teil. Man kann also sagen, dass es ein Treffen von Attac International war. Wenn dem so ist, so war das ein sehr wichtiges Ereignis. Man konnte den Eindruck haben, dass hier gerade der langsame Prozess einer Europäischen Vereinigung von unten an?ng. Wir unterstreichen dieses Wort, weil es etwas beschreibt, worüber wir uns nur freuen können angesichts des Fiaskos der Vereinigung Europas von oben. Denn dass die Versuche, ein wirklich vereintes, gerechtes und solidarisches Europa zu schaffen, von dem die gegen den Kommunismus kämpfenden Polen geträumt hatten, in einem Fiasko endeten, das Herren wie Schröder, Chirac oder der post-kommunistische Megaloman Kwasniewski (Polens gegenwärtiger Präsident) verantwortet haben, das ist heute schon offensichtlich.

(…)Warum gab es in den Jahren nach 1989 statt eines überlegten, ruhigen Prozesses, begleitet von echter Hilfsbereitschaft bei der Überwindung des Zivilisations-Abgrunds durch die so genannten postkommunistischen Länder geradezu einen "ökonomischen Überfall" auf diese schwachen Länder mit ihrer bitteren Geschichte? Wie soll man verstehen, dass wir statt Solidarität und gegenseitigen Verstehens einen brutalen Neokolonialismus erfuhren?

(…) 14 Jahre nach der so genannten Wende ist Polen ein neokolonialistisches Land, und dies nicht nur wegen so gnadenloser Finanzinstitutionen wie WTO und IWF, die beide ihren Sitz in den USA haben, sondern auch wegen ein?ussreicher und ?nanzkräftiger Konzerne, Großunternehmen und Banken aus Deutschland, Frankreich, Italien ..., die die Regeln des Neoliberalismus (sprich: Neokolonialismus) übernommen haben.

Wie viele Deutsche wissen von der Art der Übernahme polnischer Fabriken durch deutsche Unternehmen (z.B. der Zuckerraffinerien durch Südzucker und ähnlicher Bestrebungen von RWE und Stadtwerke Leipzig...), deren oft einziges Ziel es ist, dieselben zum Konkurs zu bringen und damit Konkurrenten auszuschalten? Weiß der durchschnittliche Franzose, unter welchen Bedingungen polnische Verkäuferinnen in französischen Supermärkten arbeiten (Was täte eine Französin, wenn sie zur Arbeit Pampers tragen müsste, weil ihr nicht genug Zeit zugestanden wird, um zur Toilette zu gehen?) In der letzten Ausgabe des alternativen Magazins "Obywatel" bringt ein langjähriger französischer Presse-korrespondent sein Unbehangen angesichts der Praktiken französischer Konzerne in Polen zum Ausdruck. Solche Stimmen müsste es mehr geben und sie sollten hörbarer sein Das müsste die Stimme von Attac Europa sein. Von diesen Erscheinungen, die die Entwicklung des sog. Freien Marktes begleiten, müssen "normale Leute" nichts wissen, sie suchen wie getrieben nach billigeren Angeboten in den Supermärkten, die wie Pilze aus dem Boden schießen. Aber wir müssen davon wissen, wir Mitglieder von Attac Europa.

Die Unfairness heutigen Wirtschaftsrechts hat bereits jedes erträgliche Maß überschritten. Im "Newsletter 4 der Attac EU-AG " vom Dezember lesen wir einen kritischen Artikel zum Thema Europäische Verfassung von Pia Eberhardt. Die Autorin weist darauf hin, dass die Verfassung (bzw. deren Entwurf) die Handelsfreiheit und Souveränität der einzelnen Staaten bedrohe. Für den kritischen Polen ist diese Bedrohung seit langem offensichtlich, - und das nicht nur im Hinblick auf die wirtschaftliche Souveränität, sondern auf die Souveränität der Staaten überhaupt. Die ganze Maschine, die Europäische Gemeinschaft heißt, trägt immer mehr antidemokratische Züge (z.B. durch den Zentralismus) oder gar anti-menschliche. Der Mechanismus der Vereinigung Europas von der Prägung der heutigen Kommissare, denen nichts wichtiger ist als der direkte Gewinn, dieser Mechanismus hat nichts mehr gemein mit dem Geist der Staatsmänner der Nachkriegszeit wie Schumann, Gaspari und andere. Die Europäische Gemeinschaft ist also nichts anderes als eine bedauernswerte Verkörperung der mit dem Großkapital verbundenen einzelnen Staatsregierungen. Auch die polnische Regierung sieht sich gern selbst als zu diesem Kreis gehörend.

(…) Nachdem die Idee eines „Dritten Weges“ verworfen worden war, ?nden wir uns in der Umklammerung des Kapitalismus wieder, dessen Fundament schlicht der EGOISMUS ist (und dabei hatte alles mit Solidarnosc = SOLIDARITÄT begonnen). Ein übrigens ideologisierter Egoismus, durch immer mehr privatisierte Medien als System neuer Werte dargestellt, versteckt in Form von farbiger Reklame, die die Jugend fasziniert, in Zeitschriften für die Hausfrau und für Unterhaltung suchende Geschäftsleute - Egoismus als Lebensstil.
(…). Lasst uns das Problem der Globalisierung nicht exotisieren als ein Merkmal der armen, rückständigen aber warmen exotischen Gegenden, wo die Palmen wachsen...
Es ist nicht zu verstehen, warum so wenig von der Globalisierung in Osteuropa die Rede ist. Auf der Konferenz McPlanet im Juni 2003 in Berlin ?el dazu nicht ein einziges Wort. (…)

Man sollte aber unbedingt prüfen, in welchem Maß die Gesellschaften der reichen Länder Europas der Meinung sind, dass die wirtschaftliche Expansion ihres Kapitals nach Osten eine Hilfe für die armen Länder ist. Lebt die deutsche Gesellschaft nicht in dem Glauben, dass gerade Deutschland Polen beim Aufbau hilft? Dieser Illusion kann man leicht erliegen, aber am Ende rächt sie sich. Außerdem kann wohl ein Durchschnittsbürger sich solche Ahnungslosigkeit leisten, wenn er sich von der Medienpropaganda verdummen lässt, aber nicht ein Mitglied von Attac, egal welcher Herkunft.

Wenn es sich zeigt, dass ein arbeitsloser Pole in der EU von ca. 150 Euro monatlich leben kann, wer garantiert, dass nicht irgendwann auch in Deutschland oder Frankreich den Arbeitslosen ein ähnlicher Betrag angeboten wird? Es wird ja immer deutlicher, dass zwar der Lebensstandard in den Ländern der EU noch immer unterschiedlich ist, die Probleme, die uns betreffen jedoch keine Grenzen kennen. Schröders Agenda 2010 oder der polnische Hausner- Plan sind zwei Kapitel des gleichen Romans. Verarmende Gemeinden, überschuldete Gesellschaften (über 1 Mio. Polen haben ernsthafte Schuldenprobleme), Arbeitslosigkeit (wie nur läst sich diese auf dem gerade noch ungefährlichen, dem Kapital nützlichen Niveau halten?), das sind alles europaweite, weltweite Erscheinungen. Man kann also

daraus schließen, dass es keinen anderen Ausweg gibt als globales Handeln. Wenn uns der Globalismus von oben droht, dann lasst uns als Attac innerhalb nationaler Grenzen kämpfen. Die Grenzen müssen verschwinden, nicht nur für das Großkapital! Auch der Protest muss global sein, paneuropäisch. Die Gelegenheit ist einzigartig. Die langjährigen Bemühungen der Brüsseler Kommissare zur Öffnung der Grenzen erreichen ihr Ziel. Nutzen wir also die offenen Grenzen!(…) Wir müssen es dahin bringen, dass der Protest genauso leicht in jeden Winkel kommt wie das Kapital bei seinen Investitionen. (…),

Die EU-Erweiterung und Ungarn

Von Matthias Benyik, Präsident von ATTAC Ungarn

Direkt nach dem Systemwechsel (Ende der 80er Jahre) und während der 90er Jahre waren die Ungarn die begeisterste Nation Zentralosteuropas in Bezug auf die EU-Osterweiterung; eine stabile Zweidrittelmehrheit der Bevölkerung unterstützte die Idee des EU-Beitritts. Die Gründe dieser positiven Haltung stammten aus der historischen Unternehmung Ungarns, dem Westen anzugehören. Ein anderer Faktor war die erfolgreiche Rhetorik der pro-westlichen Wirtschaftseliten, die am meisten von der bisherigen Integration pro?tiert haben, und sich als sehr effizient darin erwiesen, die öffentlichen Debatten und die Meinung des Volkes zu internationalen Wirtschaftsthemen zu beein?ussen.

Nur wenige Tage bevor Ungarn Vollmitglied der EU wird, gibt es gemischte Gefühle in der Bevölkerung, weil große Erwartungen und ernste Befürchtungen in ganz Ungarn vorherrrschen. Das kürzlich eingeführte Wirtschaftsausteritäts-paket (das sogenannte Draskoviks-Paket), die neuerdings gestiegene In?ationsrate, die hohe Arbeitslosigkeit, die große Zahl verarmter Personen geben nicht viel Anlaß zu Optimismus. Die gegenwärtig regierende sozialliberale Regierung ist voller Freude, Außenminister Laszlo Kovacs zufolge gibt es keine Nachteile des EU-Beitritts. Das größte Problem, dem die Ungarn jetzt gegenüberstehen, ist die wachsende Armut und Arbeitslosigkeit, der Rückschritt im Lebensstandard. Die Landwirtschaft ist in schlechter Verfassung und wird ein wichtigeres Problem nach dem 1. Mai werden. Wenn die Entwicklung der Agrarsektoren der Regionen – neben Transport-, Kommunikations- und Informationsinfrastruktur – nicht mit besonderer Sorge gehandhabt wird, besteht das Risiko wachsender Enttäuschung und einer negativeren Einstellung gegenüber der Idee europäischer Integration.

ATTAC Ungarn vertritt keinen einheitlichen Standpunkt zur EU-Erweiterung. Einige von uns sind der Meinung, daß die Kernfrage nicht darin bestand, der EU beizutreten oder nicht, weil es das Fortschreiten des Kapitalismus (der Pro?tlogik), seine gegenwärtige Form (transnationale Globalisierung), die entscheidenden Faktoren seien und von einem wirtschaftlichen Standpunkt aus Ungarn schon in dieses neue System integriert worden sei; es war in hervorragender Schüler im Umsetzen der neoliberalen Agenda, führte Ziele des Washingtoner Konsenses sehr erfolgreich nach den ständigen Diktaten des IWF/der Weltbank aus, wodurch Ungarn zu einem Experimentierfeld wurde, wie ein soziales Sicherungssystem zerstört werden kann. Die Privatisierung früherer Staatsunternehmen begann in den 80er Jahren und ist zur Jahrtausendwende mit Gewinnen von 10 Milliarden US-Dollar praktisch abgeschlossen. Mehr als 80 Prozent der Wirtschaft ist nun in Privatbesitz, die multinationalen Firmen sind in fast allen Sektoren präsent, nur wenige Investitionsmöglichkeiten blieben übrig, bei den öffentlichen Diensten nimmt der Staatsbesitz unabhängig von den WTO/GATS-Verhandlungen ab.

Als Ergebnis der Systemtransformation verschwanden 1,5 Millionen Arbeitsplätze, heute hat nur die Hälfte der erwerbsfähigen Bevölkerung eine Arbeit. Von 10 Millionen Einwohnern sind drei Millionen im Ruhestand. Einer aktuellen Studie des Soziologen und Akademikers Zsusza Ferge zufolge ist ein Fünftel (also zwei Millionen) der ungarischen Bevölkerung arm und mehr als eine Million leben von 3400HFU (ca. 15 Euro) pro Kopf nach Abzug der monatlichen Kosten für Gas, Wasser und Strom. Selbst die verbleibende eine Million Arme muß von 13000 HFU (ca. 54 Euro pro Kopf) leben. Die Situation der Armen verschlechtert sich, die Armut nimmt trotz der Tatsache zu, daß die gegenwärtige Regierung – nachdem sie 2002 an die Macht kam – einige Korrekturmaßnahmen unternommen hatte, um die negativen Tendenzen zu stoppen.

Der Hauptgrund der Armut in Ungarn ist zum Teil die hohe Arbeitslosigkeit (offiziell unter sechs Prozent, tatsächlich weit über 20 Prozent) und das sehr niedrige Lohnniveau. Ein anderer Faktor ist das niedrige Niveau ?nanzieller Unterstützung. Die Verarmung wurde durch einen rapiden Preisanstieg (In?ation) verursacht, während die Löhne/ Gehälter hinter Produktivitätsentwicklung hinterherhinkten. Während zwischen 1990 und 2002 die Verbraucherpreise ums Siebenfache stiegen, sind die Energiepreise heute 15mal höher.

Auf der Basis aller Fakten glaube ich, daß die EU-Erweiterung auf der einen Seite dem Kapital bessere Entfaltungs-möglichkeiten und auf der anderen Seite mehr Raum zum Manövrieren und Spielraum für soziale Solidarität bieten wird. Selbstverständlich wird der erweiterte gemeinsame Markt den hochentwickelten Ländern Europas Vorteile bringen und könnte neue Investitionsmöglichkeiten schaffen. Für die neuen Beitritts-länder Zentralosteuropas bedeutet die Vollmitgliedschaft die einzigartige Chance, die Entwicklung zu beschleunigen, ihre Wirtschaften anzupassen und zu modernisieren und so den Lebensstandard der Bevölkerung zu verbessern. Aber der politische Wille und die etablierte Wirtschaftspolitik müssen Hand in Hand arbeiten, um diese großartigen Ziele zu verwirklichen. Kurzfristig wird es keine Verbesserungen der Lebensqualität der Mehrheit geben; nationalistische, chauvinistische und rassistische Ideen könnten auch in unserer Region an Boden gewinnen und Xenophobie und Ausschluß-tendenzen könnten aufkommen.

Der gemeinsame Kampf für die Umsetzung der EU-Sozialcharta, die Opposition zum Entwurf der Verfassung könnten ein gutes Beispiel für die Solidarität einer paneuropäischen Arbeiter-bewegung sein. In diesem Unterfangen könnten die Sozialforumsbewegungen einschließlich ATTAC (auf globaler, regionaler und lokaler Ebene) eine wichtige Rolle spielen.

Budapest, 7. April 2004

NACH DEN EUROPAWAHLEN VOM 13. JUNI
Die Neoliberalen diskreditieren die Vorstellung von Europa
Erklärung des Verwaltungsrats von Attac

Im Abstimmungsergebnis der Europawahlen vom 13. Juni in den 25 Mitgliedstaaten der EU kommt eine beispiellose Absage nicht nur an die Formen und Maßnahmen der gegenwärtigen Europapolitik zum Ausdruck – sowohl auf nationaler Ebene wie auf derjenigen der Europäischen Gemeinschaft – sondern auch deren Grundlage, die neoliberale Ideologie. Ohne eine radikale Neubestimmung dieser Politik, also ohne ein auf Solidarität basierendes soziales, politisches, ökologisches und kulturelles Programm wird die demokratische Legitimität des zu errichtenden Europa in kürzester Frist in Frage gestellt.

Ein unübersehbares Anzeichen hierfür ist die Stimmenthaltungsquote. Sie hat in Frankreich 57 % erreicht (und laut Wahlumfragen bei den Arbeitern 76 % und 78 % bei den unter 34-Jährigen), 57 % in Deutschland, mehr als 58 % im Vereinigten Königreich. Am deutlichsten zeichnet sich dieses Phänomen in den neuen Mitgliedsländern ab: die Polen haben sich nur eineinhalb Monate nach ihrem Beitritt zur EU zu 79 % der Stimme enthalten, die Tschechen und die Slowenen zu 71 %, die Slowaken zu 83 % usw. Ganz offensichtlich betrachtet die Mehrheit der Bürger dieses Europa nicht als ihr Europa. In der Mehrzahl der Fälle halten sie es für einen Fremdkörper, auf den sie keinerlei Einfluss haben und von dem sie nichts zu erwarten haben. In anderen Fällen wird es für eine Bedrohung der demokratischen und sozialen Rechte gehalten.

In den meisten Ländern haben die Urnengänger durch ihr Wahlverhalten ihren Regierungen einen Denkzettel verpasst. Einige Kommentatoren und Partisanen der Vogel-Strauß-Politik möchten glauben machen, dass unterschiedslos jede ausführende Gewalt von diesem Denkzettel betroffen sei, gleichgültig zu welcher politischen Farbe sie gehört – sozialdemokratisch, liberal, christlich-demokratisch, konservativ usw. – und dass sich daran nur eine ständiges Schwanken der Wählerschaft ablesen ließe. Dabei wird nicht bedacht, dass ja jede der betroffenen Regierungen genau dieselben Programme durchführen, die von geringfügigen Ausnahmen abgesehen, den Richtlinien entsprechen, die sie selber auf europäischer Ebene festgelegt haben oder die auf Anregung der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zustande gekommen sind. Der Denkzettel gilt also in Wirklichkeit der neoliberalen Politik als Grundlage der alltäglichen Regierungstätigkeit der Fünfundzwanzig. Auch lässt sich feststellen, dass ganz besonders die politischen Führer von diesem Wahlergebnis betroffen sind, die mit der Regierung Bush bei dem verbrecherischen Übergriff auf den Irak gemeinsame Sache gemacht haben.

Die Legitimitätskrise in Bezug auf den Aufbau Europas ist nicht nur ganz augenfällig geworden, sie hat sich am 18. Juni durch die Annahme eines Verfassungsvertrags noch weiter verschärft, durch den gerade die massiv abgelehnten politischen Maßnahmen nicht nur scheinbar unantastbar gemacht, sondern ihnen auch ein Status von „Verfassungsmäßigkeit" verliehen werden soll. In Frankreich hat die Parlamentsmehrheit zusammen mit den für den Wechsel kandidierenden Parteien aus Angst davor, dass die durch den Vertrag aufgeworfene Hauptfrage - „ die neoliberale Frage" - gestellt wird, die Debatte über die Folgen des Wahlergebnisses vom 13. Juni vom Tisch gefegt. Sie sind gemeinsam für diese Verschärfung der Krise verantwortlich und teilen diese Verantwortung mit nahezu allen großen Medien, die ihre Berichterstattung auf die zwischen den Staaten bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu institutionellen Punkten des Vertrags beschränkt hatten, und gleichzeitig den Umstand verschwiegen, dass die neoliberale Politik durch den Vertrag verewigt wird. Diese absichtliche Unterschlagung von Informationen, insbesondere die Verhängung einer Sperrfrist bis zum Tag nach den Wahlen für die öffentliche Bekanntmachung eines Beschlusses des Verfassungsrats, durch den der Vorrang des europäischen Rechts vor der französischen Verfassung verankert wird, ist ein Schlag ins Gesicht der Demokratie. Als Krönung dieses antidemokratischen Bildes wird durch das für die Wahlen vom 13. Juni verwendete ungerechte Wahlsystem die Vertretung kleiner politischer Gruppierungen erschwert oder verhindert.

Egal ob die Neoliberalen nun stolz auf sich sind, beschämt oder resigniert, sie stehen im Begriff, Europa in eine Sackgasse zu führen, indem sie es in ein Schreckbild für die Völker verwandeln. Als eine welt- und folglich europaweit globalisierungskritische Bewegung gibt Attac erneut ihrem Willen Ausdruck, die EU auf ein neues Gleis zu bringen: wir wollen ein anderes Europa; ein soziales Europa, das auf Kooperation und nicht auf Konkurrenz beruht; ein Europa der Bürger und nicht eines der Finanzleute und Händler; ein europäisches Europa und nicht eine untergeordnete NATO-Abteilung unter der Obhut der USA , wie es sein Status in Artikel I-40 des Verfassungsentwurfs vorsieht; ein mit dem Süden solidarisches Europa und kein Verfechter von Interessen transnationaler Konzerne.

Damit die Bürger den Aufbau Europas wieder in ihre Hände nehmen, ist es unerlässlich, dass seine Ziele und Zwecke neu definiert und darüber öffentlich debattiert wird. Die Gelegenheit bietet sich wie von selbst: Wir können eine breit angelegte Debatte über den Inhalt des Vertrags und eine Enthüllung seines neoliberalen Gehalts führen, die auf die Abhaltung eines Referendums hinausgeht Parallel zu den Initiativen aus den eigenen Reihen ruft Attac alle anderen Beteiligten, die sozialen Bewegungen und die französischen Bürger sowie die politischen Kräfte, die sich dem anschließen möchten, zu gemeinsamen Aktionen auf, damit unsere Forderung durchgesetzt wird: Jeder muss sich Gehör verschaf fen können!
Außerdem schlägt die Vereinigung vor, zusammen mit ihren Partnern in Europa, also in erster Linie den anderen Attac-Bewegunge und darüber hinaus allen Sozial- und Bürgerbewegungen, gemeinsame Stellungnahmen zu verfassen und gemeinsame europaweite Kampagnen durchzuführen.
Das nächste, im Oktober geplante Europäische Sozialforum (ESF) in London ist ein wichtiger Bestandteil dieser Mobilisierung.

Die Neoliberalen haben die Vorstellung davon, was Europa ist, in Verruf gebracht. Es liegt nun an den GlobalisierungskritikerInnen, ihr einen neuen Sinngehalt zu geben und jenen in die Tat umzusetzen.
Attac, Paris, 19. Juni 2004
Übersetzung. Angelika Gross

Debatte um die Kandidatur von Attac- Mitgliedern zu den EU-Wahlen

Diese Wahllisten„100% altermondialistes“ (**http://www.alternateurope.org/**) *haben doch nicht bei den EU-Wahlen kandidiert, da es bei der Debatten jedoch um grundsätzliche fragen der Ausrichtung von attac ging und die nächsten –nationalen - Wahlen vorbereitet werden, dokumentieren wir diese Debatte mit Beiträgen aus Frankreich, der Schweiz und Österreich*

Frankreich:

Beitrag von Dominique Mourlane

Die Idee ist gut, und trotzdem sollen wir's nicht machen?
(...) Bei Attac gibt es **die Vorstellung von** einer Teilnahme an de**n** öffentlichen **Angelegenheiten**. Sie taucht unvermeidlich **auf** bei verschiedenen Zusammenkünften **-** bei Gemeindewahlen, Abkommen zwischen Ländern, kommunalen, regionalen, europäischen **Zusammenschlüssen** ... **-**. Dass die Aktivisten von Attac sich der politischen Sache verschrieben haben, steht außer Frage, wir befinden uns durchaus auf dem Feld der Politik.
Dennoch sollte man **diese Idee fallen lassen**!
Bei den Europawahlen haben wir einen bevorzugten Raum, **in dem wir** unsere Vorstellungen **über Europa unter** unseren Mitbürgern verbreiten **können**. Einen spezifischen Raum, der mit unserer Arbeit verbunden ist. Einen Raum, bevor die nächsten drei Jahre durch die ideologische Wüste führen, erstickt vom **Hunger** der Parteien. Unsere Aktion findet außerhalb von Attac **statt**, und es ist wichtig, dass dies so ist. Diese Debatte **hatte** nicht stattgefunden, sie war „verboten“, sie muss stattfinden, sie ist eröffnet, wir sind darüber sehr erfreut.
Gleichzeitig darf man, was die Wahlen angeht, nicht glauben, dass die programmatischen Angebote in Bezug auf Europa sehr vielfältig wären. Es wird wenig Gelegenh**eit** geben, wesentliche soziale, ökologische und antiliberalistische Vorschläge zu machen, die von den Wählern und der linken politische Klasse gehört würden. Also ist unsere Entscheidung klar, wir **bringen** uns in die öffentliche Diskussion ein, um die Forderungen und die Ideen von Attac, des Bauernverbands und anderer voranzutreiben, ohne deswegen ihre Unterstützung für uns in Anspruch zu nehmen oder für sie sprechen zu wollen oder auch nur ihre Namen zu erwähnen.
Das ist ehrgeizig.
Wir sind **offen für** die Zukunft der **antiliberalistischen** linken Kräfte, wir rücken die politischen Ideen wieder ins Zentrum der Diskussion. Genau darauf läuft unsere Aktion hinaus, und sie findet ein Echo. Das positive Echo, das wir in der Bevölkerung **erfahren**, bei den Aktivisten der anderen politischen Kräfte, die sich nicht in den Programmen ihrer jeweiligen Parteien oder ihrer Politik wiedererkennen, aber auch bei den Akteuren im sozialen Bereich, ist ein exzellenter Gradmesser.
Für uns ist wichtig, dass unsere Vorgehensweise richtig verstanden wird. Dies ist nicht irgendein Handstreich und auch kein Schlag ins Wasser. Wir bieten die einzige ernsthafte und **ausgewiesene Möglichkeit**, wieder **politisch** Raum auf dem schwierigen Feld der Linken in Frankreich und in Europa **zu gewinnen**, ganz besonders **in** europäischen Fragen. **Bei diesen** Wahlen gibt es, mit einem programmatischen Ansatz, der nicht weit von unserem entfernt ist, einige Vorstöße zur Debatte mit und zur Eingliederung in die politischen Parteien. Dazu werden harte, unergiebige Verhandlungen geführt. Wir finden, **das ist** ein Fehler.

Unsere Vorgehensweise ist eine logische Ergänzung der Volkserziehung mit Aktionscharakter, wie sie Attac betreibt. Mir scheint, dass es eines der Ziele der Volkserziehungsbewegungen ist, politische Aktivisten zu gewinnen, in diesem Falle für Europa, und neue Akteure für die Demokratie. Wie jedes Bildungsunternehmen ist Attac kein Selbstzweck, sondern soll Bürger und Aktivisten weiterbilden, die sich eigenverantwortlich engagieren. Es muss sowohl Attac als auch Initiativen wie die un**sere** geben, ohne dass sie sich gegenseitig auf die Füße treten.
Mit unserem Vorgehen tragen wir zur Weiterführung der Arbeit von Attac bei, damit unsere Vorstellungen eine Chance haben, tatsächlich umgesetzt zu werden, ohne Abweichung. Das ist kein Spaltungsversuch, sondern ganz im Gegenteil eine Arbeit des Zusammenbringens.
Eine logische und unvermeidliche Fortsetzung.

Statt antiliberalistisch (antilibérale) = den Neoliberalismus ablehnend??? /kritisierend???, md

Aus dem Französischen von Karin AYCHE ehrenamtliche Übersetzerin coorditrad@attac.org

Beiträge von: Gus Massiah, François Dufour, Christian Susan George, Serge Lequeau, Daniel Rallet, Christian Pilichowski, Pierre Khalfa

(...)Wenn man so vorgeht und akzeptiert, dass Attac mit bestimmten Wählerlisten assoziiert wird, riskiert man, einen Einfluss, der **auf Stimmenmehrheit abzielt**, einzutauschen gegen ein Wahlergebnis von wenigen Prozenten **-** das freilich auch **von Bedeutung sein könnte.** Damit legt man möglicherweise nahe, die einzige politische Perspektive wäre es, sich im Raum der politischen Parteien anzusiedeln, wodurch die Originalität der Positionierung von Attac als einer „Bildungsbewegung mit Aktionscharakter“ geschwächt würde. Denn zu behaupten, dass man von nun an verpflichtet wäre, bei den Wahlen anzutreten, um die Anschauungen von Attac umzusetzen, hieße, das Fundament unserer Bewegung selbst in Frage zu stellen. Attac hat immer den Standpunkt vertreten, es sei durch die Kombination der Auseinandersetzung um Ideen mit der Herstellung eines Kräfteverhältnisses möglich, Druck auf die Realität auszuüben. Die Bilanz der Aktivitäten von Attac beweist dies übrigens. Trotz unserer Grenzen beginnt diese Arbeit, Früchte zu tragen, auch wenn wir erst am Beginn der Entwicklung stehen.
Mit diesem Vorgehen riskiert man außerdem, Uneinigkeit in unsere Bewegung zu tragen und somit eine größere Krise bei Attac auszulösen. Diese Gefahr erhöht sich durch die angewandten Methoden, durch die Verschleierungspraktiken, die Weigerung, erwiesene Tatsachen anzuerkennen, und durch die Praxis, kein Aufheben**s** um Diskussion und Kritik zu machen. Die politische Debatte wird auf diese Art schnell leidenschaftlich und schwierig und führt in gefährlicher Weise dazu, bereits a priori Lager zu definieren, die nicht unbedingt **eine reale Grundlage** haben.
Wir lassen weder zu, dass Attac auf eine solche Art, von wem auch immer, instrumentalisiert wird, noch, dass das Image und der Ruf von Attac dazu benutzt werden, eine neue politische Kraft, welcher Art sie auch sei, zu bilden. Wir halten an der

Identität von Attac als einer „Bildungsbewegung mit Aktionscharakter“ fest. Wenn einige erwägen, diese Identität solle heute v**erändert** werden, muss dies öffentlich bei Attac von der Gesamtheit der Mitglieder diskutiert werden und darf nicht überstürzt durch vollendete Tatsachen erzwungen werden.
(...)
Im Hinblick auf die Europawahlen geht es für uns im Wesentlichen darum, so zu agieren, dass alles, was bei der Debatte um die Zukunft Europas auf dem Spiel steht, in den Mittelpunkt des Wahlkampfes gerückt wird. **Damit** befinden wir uns voll und ganz innerhalb der Beschlüsse des CA vom 17. April. **Der CA hat den Willen von Attac** bestätigt, sich vollständig einzubringen und während des Wahlkampfes öffentlich seine Vorschläge zu präsentieren, insbesondere die 21 Forderungen zum Entwurf des Verfassungsvertrags. Das Büro hat außerdem dem Prinzip beigepflichtet, eine Befragung der politischen Parteien durchzuführen, die **dieses Vorgehen** unterstützt.

Aus dem Französischen von Jean-Baptiste MATTIST und Karin AYCHE ehrenamtliche Übersetzer coorditrad@attac.org

Beitrag von Bernard Cassen

(…)

1. Wie weit geht die Beteiligung von Attac?

Fest steht, daß drei von vier möglichen, bisher bekannten Spitzenkandidaten Attac-Mitglieder sind, und einer ist gewähltes Mitglied des Verwaltungsra**ts** von Attac. Sie haben jedoch immer wieder beteuert, dass sie, selbst wenn sie sich die Analysen und Vorschläge von Attac zu Europa zu eigen machen (und sie stehen damit nicht alleine da), Attac in keiner Weise um Unterstützung gebeten haben und nicht für Attac, sondern nur für sich selbst sprechen.
Das Büro von Attac hat seinerseits in zwei Pressemitteilungen und in den öffentlichen Stellungnahmen seiner Mitglieder (etwa **denen** des Verfassers dieser Zeilen auf mehreren Zusammenkünften) auf den dauerhaft geltenden programmatischen Grundsatz von Attac verwiesen: Es wird von uns keine Liste oder Kandidatur **lanciert**, vorgestellt oder unterstützt.
Auf beiden Seiten sind die Dinge also sonnenklar. Warum müssen sich also gewisse Attac-Mitglieder darauf versteifen, **Unklarheit zu verbreiten** und vorzugeben, es handele sich um „Attac-Listen”? Man könnte meinen, sie wollten um jeden Preis zu dem Ergebnis kommen, das sie selbst verurteilen! Zumal inzwischen selbst die Boulevardpresse diese Listen mit ihrer genauen Bezeichnung **anführt,** und zwar ohne Attac dabei zu erwähnen.(...)

3. Was am 13. Juni auf dem Spiel steht

In der Schrift „Kommt der bei den Regionalwahlen hinausgeworfene Neoliberalismus durch die Hintertür der Europawahlen wieder herein?” hatte das Attac-Büro schon genau vorhergesagt, was im Augenblick geschieht: Die wichtigste Partei der ehemaligen linken Mehrparteien-Regierung hat vor, den 13. Juni zum 3. Wahlgang der Regionalwahlen zu machen, um die Debatte um den Inhalt des „Verfassungsvertrags” vom Tisch zu wischen, der doch am darauf folgenden Wochenende von der Regierungskonferenz angenommen werden soll.
Ihr Ziel und das ihres bevorzugten Bündnispartners ist es, über diesen Text eine möglichst große Vieldeutigkeit zu bewahren und den Anschein zu erwecken, er könne in den kommenden Wochen noch verändert werden, durch Wegfall des dritten Teils, der ein regelrechtes liberales Manifest darstellt, d.h. zwischen dem 13. und dem 18. Juni; oder - eine noch absurdere Hypothese - wenn er einmal angenommen worden ist! So brauchen sie sich nicht festzulegen, welche Position sie beziehen werden, falls der Vertrag tatsächlich diesen dritten Teil enthält. Und die Einwände von Attac (vgl. die 21 Forderungen, *s. SiG 29, die Red.*) sind weit davon entfernt, sich auf diesen Teil zu beschränken..
Im Kern wird den Wählern gesagt: Stimmt zuerst für uns, um Raffarin und Chirac nochmals eine Lektion zu erteilen, und wir sagen euch dann später, wie wir den Vertrag sehen. Auf dieses weitreichende politische Täuschungsmanöver reagiert Attac mit einer Informationskampagne und mit Debatten in ganz Frankreich, um die Diskussion wieder zurück auf das Europa zu lenken, das wir wollen. Da ich an zahlreichen, von den lokalen Ausschüssen veranstalteten Treffen teilgenommen habe (und bis zum 13. Juni stehen bei mir noch zwei Dutzend weitere auf dem Programm), weiß ich, dass unsere Argumente stichhaltig sind.
Anschließend stellt sich für die, die uns zuhören, die Frage, welche Folgen die Ablehnung einer solchen Täuschung für das Wahlergebnis haben wird. Wir antworten ihnen, dass wir den Parteien und den SpitzenkandidatInnen einen Fragebogen zugeschickt haben, damit sie zu unseren Forderungen und Vorschlägen Stellung nehmen, wobei es an uns liegt, anschließend die Antworten bekannt zu geben. Wir werden sicherlich feststellen, dass mehrere Listen die Vorschläge von Attac weitgehend aufgegriffen haben. Es liegt dann an jedem Einzelnen, sich zu entscheiden.

4.- Liegt das politische Angebot ein für alle Mal fest?

Entspricht das politische Angebot zum 13. Juni der Nachfrage, die insbesondere dank unserer Bemühungen zum Ausdruck kommen wird? Ich nehme an, die „100 %”-Listen wetten, dass dem nicht so ist. Dies scheint auch die Meinung der Minderheitslisten der LCR (Ligue Communiste Révolutionnaire) zu sein, die im Leitartikel der Nummer 2 ihres Heftes Vitamines/3 folgendermaßen die Bilanz aus den Regionalwahlen ziehen: „Im Endergebnis müssen wir wohl zugeben, dass unsere Listen keine breite Zustimmung gefunden haben. Wir haben viel Raum gelassen, den die autonomen Listen der KP und der Grünen postwendend eingenommen haben. Das Entstehen der „100 %”- Listen der Globalisierungskritiker und Befürworter eines solidarischen Europa“ zeigen dies deutlich.“
Welches Ergebnis diese Listen auch immer davontragen werden, falls sie die Frage ihrer Finanzierung klären können (3 bis 4 Millionen Francs – das ist anschaulicher als die Euros – sind pro Wahlkreis erforderlich!), sie werfen eine Frage auf, die Attac als Organisation nicht zu beantworten hat, da wir keine Partei sind und auch keine Partei werden dürfen, die aber unser Denken vorantreiben kann: Für einige unserer Aktivisten stellt sich die Frage nach der direkten politischen Auswirkung unserer Aktion, ganz abgesehen von unserem gegenwärtigen Vorgehen. Warum sollten wir uns diese Frage stellen? Einfach, weil sie sich stellt.
Es geht an dieser Stelle für mich nicht darum, eine Frage zu behandeln, die Gegenstand einer notwendigerweise langen Diskussion sein muss. Ich möchte ein paar Hypothesen wagen:
- Die Geschichte und der einfache gesunde Menschenverstand lehren, dass die patentierten Formierungen, die sich links nennen und die es bleiben möchten, Konkurrenz bekommen werden, wenn ihr Angebot der Nachfrage nicht entspricht.
- Mehr denn je hat Attac in Frankreich, in Europa und weltweit eine Aufgabe zu erfüllen, in seiner jetzigen Gestalt, d.h. so, dass sich die Mehrheit der Mitglieder wiedererkennt.
- Sollte in den kommenden Jahren innerhalb von Attac ein neuer politischer „Gegenstand” das Licht der Welt erblicken (und die „100%“-Listen sind Zeichen eines Wunsches nach einem Engagement über Attac hinaus), so müsste sich dieser ganz unabhängig von Attac entwickeln, ohne eine organische

Beziehung und gewiss nicht in der Dialektik der Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien Großbritanniens, Deutschlands und der nordeuropäischen Länder. Ein interessanter Vergleich wäre, welche Rolle die katholischen Jugend- und Volkserziehungsbewegungen bei der Ausbildung künftiger Führungskräfte der französischen Bauerngewerkschaften spielen. (...)

Aus dem Französischen von Angelika Gross und Karin AYCHE ehrenamtliche Übersetzerinnen coorditrad@attac.org

Erklärung des Attac-Verwaltungsrates zu den Kandidaturen zur Europawahl

15. Mai 2004.

Auf der außerordentlichen Versammlung des Attac-Verwaltungsrates am 15. Mai 2004 wurde das Problem diskutiert, das sich mit der Gründung der Listen "100 % altermondialistes pour une Europe solidaire" ("100% Altermondialisten für ein solidarisches Europa") zur Kandidatur bei den Europawahlen am 13. Juni stellt.

Der Verwaltungsratstellt fest, dass die Bildung dieser Listen einige Mitglieder und Lokalkomitees von Attac irritieren, nämlich insofern, als sich diese Listen ausdrücklich auf Standpunkte von Attac berufen, aber auch dadurch, dass einige ihrer Verantwortlichen, gewählte oder nicht gewählte Mitglieder, Teil dieser Listen sind und somit den Eindruck erwecken könnten, dass es sich um eine Attac-Initiative handeln würde.

Der Verwaltungsrat anerkennt das Recht jedes Attac-Mitglieds, seine Bürgerrechte voll auszuüben, insbesondere jenes, bei Wahlen zu kandidieren. Er bedauert es aber, nicht bereits zum Zeitpunkt der Gründung besagter Listen darüber informiert worden zu sein. Dadurch hätte innerhalb von Attac eine Debatte über die Auswirkungen dieser Initiativen auf die globalisierungskritische Bewegung, insbesondere auf Attac, in Gang gebracht werden können, sowie über mögliche Risiken, die sich dadurch für Attac ergeben könnten. Deshalb erscheint diese Initiative in Bezug auf die Identität von Attac schädlich.

Allerdings gibt sie Attac einerseits die Gelegenheit, die Überlegungen bezüglich ihrer Organisationsformen und über ihre Funktionsweisen weiterzuführen, die auch Thema der Debatte bei der Juni-Versammlung des Verwaltungsrates sein werden.

Sie regt aber auch dazu an, die Beziehung von Attac zum Bereich der institutionellen Politik zu überdenken. Der Verwaltungsrat bestätigt die Position des Büros von Attac Frankreich und bekräftigt erneut, dass die Vereinigung keine Liste oder Kandidatur initiiert, präsentiert oder unterstützt, und dass kein Kandidat sich im Rahmen dieser Initiative seine Zugehörigkeit zu Attac zunutze machen kann.

Seit über einem Jahr führt Attac eine umfassende Kampagne durch, die in der kritischen Analyse der liberalen europäischen Politiken, wie sie im Entwurf zu einem Verfassungsvertrag eingetragen sind, besteht. Darüber hinaus hat die Vereinigung Alternativvorschläge formuliert und legt den Parteien, den Listen sowie der Bevölkerung insbesondere seine 21 Forderungen vor, um den Vertrag mit ihren Standpunkten in Einklang zu bringen. Weiters legt sie ihnen eine Alternativversion der Präambel und von Titel 1 des ersten Teils des Verfassungsentwurfes vor. In den kommenden Wochen und Monaten wird Attac seine Kampagnen intensivieren.

Der Verwaltungsrat bekräftigt bei dieser Gelegenheit seinen einheitlichen Willen, die Arbeit, die Attac in den vergangenen sechs Jahren geleistet hat, in einem Geist weiterzuführen, der alle seine Mitglieder vereint und der eine breite Übereinstimmung ermöglicht: Im Geist einer Bewegung zur Volksbildung, die auf Handeln ausgerichtet ist.
(Diese Erklärung wurde einstimmig verabschiedet)

Cecile Kellermayr;

Resolution der Generalversammlung von ATTAC Österreich

Anlässlich der aktuellen Ereignisse in Frankreich im Zusammenhang mit den Wahlen zum europäischen Parlament erneuert die Generalversammlung von ATTAC Österreich die Überzeugung, dass die charakteristische Offenheit der Bewegung ATTAC mit irgendeiner Teilnahme an Wahlen nicht vereinbar ist.

ATTAC Österreich beobachtet mit Skepsis die jüngsten Ankündigungen einiger aktiver Mitglieder von ATTAC Frankreich, für die Wahlen zum europäischen Parlament auf einer Liste zu kandidieren, die sich „100% altermondialiste" nennt, begründet mit den Forderungen der Bewegung ATTAC.

Trotz der Tatsache, dass dieses Vorhaben die explizite Aktion einiger Einzelpersonen ist und nicht die Unterstützung von ATTAC Frankreich oder einer anderen europäischen ATTAC Gruppe hat, führt diese Kandidatur zu einer Situation, in der ATTAC als Ganzes zu Unrecht in die Nähe einer wahlwerbenden Gruppe gebracht wird.

Die Anti-Globalisierungsbewegung ist sehr breit und vielfältig. Die Tatsache, dass die neue Liste den Namen "altermondialiste" trägt, könnte zu der Annahme führen, dass Gruppen aus dem Inneren der Bewegung und aus der Nähe von ATTAC, versuchen die Bewegung als Ganzes zu repräsentieren oder sie sich sogar anzueignen.

Daher distanziert sich ATTAC Österreich explizit von dieser Liste, die in Frankreich für die Wahlen zum europäischen Parlament kandidiert und bedauert, dass die Betreiber dieses Vorhabens sich nicht einmal innerhalb von ATTAC Frankreich rechtzeitig einer offenen und ehrlichen Diskussion über ihr Projekt als solches und über die möglichen Konsequenzen für ATTAC Frankreich und für die gesamte ATTAC Bewegung gestellt haben.

Angesichts dieser Situation bedauert ATTAC Österreich zudem, dass innerhalb des europäischen Netzwerks von ATTAC bis heute über diesen Vorgang weder irgend eine offizielle Information verbreitet wurde noch eine Diskussion stattgefunden hat.

Aus dem englischen übersetzt von Herbert Kaser

attac und die Europawahlen: Stellungnahme von attac Schweiz

Mehrere Mitglieder von attac Frankreich haben beschlossen, sich an den Wahlen für das Europaparlament zu beteiligen. Sie haben unter dem Namen "100% altermondialiste" ("100% globalisierungskritisch") eine Liste auf der Grundlage der Forderungen von attac lanciert.
attac schweiz hält fest, dass wir in keiner Weise an diesem Schritt beteiligt sind und bedauern, dass innerhalb des internationalen attac-Netzwerks keinerlei Diskussion darüber stattgefunden hat. Dadurch besteht nun die Gefahr, dass die gesamte attac-Bewegung mit Wahllisten identifiziert wird, die den Bekanntheitsgrad, den Ideenreichtum und die Glaubwürdigkeit der globalisierungskritischen Bewegung als Ganzes benutzen.

In diesem Zusammenhang möchten wir **einige Grundsätze** der Aktion von attac in der Schweiz in Erinnerung rufen:
- Die Rolle von attac als "aktionsorientierte Bewegung zur Sensibilisierung der Bevölkerung" besteht in erster Linie darin, soziale Mobilisierungen zu fördern, um das Kräfteverhältnis in unserer Gesellschaft zu verändern.
- Das Verhältnis von attac zur "Politik" ist eine offene Frage innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung und umfasst weit mehr als die Frage nach einem "Niederschlag" auf der Ebene von Wahlen. attac selbst ist eine offene Bewegung, in der sich Menschen mit sehr verschiedenen politischen Vorstellungen und Traditionen engagieren. Diese Pluralität der Meinungen stellt eine Stärke von attac dar.
- Auf keinen Fall kann diese Frage durch eine vorschnelle Initiative gelöst werden, die von den sozialen Bewegungen abgekoppelt ist und den komplexen Prozess der Neuorientierung in der europäischen Linken umgeht. Durch die erwähnten Wahllisten entsteht fälschlicherweise der Eindruck, dass attac das Monopol der globalisierungskritischen Ideen besitzen will. Damit ist die Gefahr einer Spaltung der globalisierungskritischen Bewegung als Ganzes gegeben. Aus diesem Grund hatten die attac-Organisationen von Europa an ihrem Treffen in Griechenland im Oktober 2003 beschlossen, sich nicht an Wahlen zu beteiligen.

Die Diskussion um diese Frage muss in der globalisierungskritischen Bewegung offen und lebendig bleiben. Daher begrüssen wir die Absicht von attac Frankreich, dazu eine öffentliche Diskussion zu führen.

Die Koordination von attac schweiz, 5. Mai 2004

Attac Schweiz: Widerstand gegen das Imperium Nestlé

Konferenz „Ein transnationaler Konzern: Was steht für die Gesellschaft auf dem Spiel?". 12. Juni 2004

Organisation: attac, mit Greenpeace, der Erklärung von Bern und der Kampagne für Menschenrechte (Nestlé-Kampagne)

Zwei Briefe der 350 TeilnehmerInnen

Sehr geehrte Vorsteher-innen der NRO der Beratungsstelle vom Global Compact*: Amnesty International, Human Rights Watch, Oxfam und Lawyers Committee for Human Rights*

Wir schreiben Ihnen im Namen des Forums, das am 12. Juni 2003 in Vevey in der Schweiz, wo Nestlé ihren Hauptsitz hat, stattgefunden hat.
Die 350 Teilnehmer-innen haben die Praktiken von Nestlé untersucht und sind zum Schluss gekommen, dass dieses Unternehmen Prinzipien des Global Compacts im Bereich der Menschenrechte, Arbeitsnormen und des Umweltschutzes verletzt. Dieses Verhalten hat die Vereinten Nationen in einen üblen Ruf gebracht.
Unternehmen wie Nestlé können ihre Verbindung zum Global Compact mit dem Ziel gebrauchen, ihr Image zu verbessern und Mittel, die ein Ende der unethischen Praktiken anstreben, zu unterminieren.
Die Tatsache, dass der Global Compact weder für die Firmen eine zwingende Klausel enthält, die Prinzipien zu respektieren, noch ein Kontrollsystem eingeführt hat, zeigt, dass die Initiative grundsätzlich fehlerhaft ist.
Deshalb fordern wir Ihre Organisationen auf, von der Beratungsstelle des Global Compact öffentlich zurückzutreten.

An den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Herrn Kofi Annan

Sehr geehrter Herr Generalsekretär

(Inhalt, s, den ersten Brief). **Deshalb fordern wir die Vereinten Nationen auf, den Global Compact aufzulösen.**.

Aus dem Programm der Konferenz:

http://www.schweiz.attac.org/article.php3?id_article=418

WASSER

Wasser ist lebensnotwendig. Es muss als Gemeinschaftsgut aller Menschen anerkannt werden und darf nicht zu Profitzwecken privat ausgebeutet werden. Genau dies passiert jedoch. 1990 waren 51 Millionen Menschen für ihre Trinkwasserversorgung von privaten Gesellschaften abhängig. 2002 waren es bereits 460 Millionen Menschen.
Die Trinkwasservorräte sind von zahlreichen Verschmutzungen bedroht. Industrie und intensive Landwirtschaft beuten das Wasser unter dem Druck der transnationalen Agrokonzerne gnadenlos aus, eignen sich die Wasserressourcen an und entscheiden über deren Verwendung, selbst wenn das Wasser damit für andere Zwecke unbrauchbar wird. Auch dies ist letztlich eine Form der Privatisierung.
Die Wasserverschmutzung bereitet den Boden für die Vermarktung von Wasser in Flaschen. Auf diesem Markt ist Nestlé der weltweite Leader. So hat Nestlé in Pakistan eine „Präventionskampagne" gegen die Gefahren von Leitungswasser durchgeführt... um dann das Nestlé-Produkt „Pure Life" zu lancieren.
In zahlreichen Ländern des Südens sind Wasserversorgungsnetze nicht vorhanden oder beschränken sich auf bestimmte Zonen. Überdies ist das gelieferte Wasser oft von schlechter Qualität. Auch im Norden ist die Wasserqualität bisweilen schlecht, sowohl in geschmacklicher als auch in gesundheitlicher Hinsicht. Wasser in Flaschen oder Vorratsbehältern wird deshalb von Nestlé

und anderen multinationalen Konzernen als Lösung präsentiert, selbst wenn es finanziell nicht für alle erschwinglich ist.
Inwieweit ist der Staat für diese Entwicklung mitverantwortlich, wenn er Ausbau und Instandhaltung des Wasserversorgungsnetzes vernachlässigt? Welche Absprachen gibt es zwischen den transnationalen Konzernen, die die Wasserversorgungsnetze ausbeuten und verkümmern lassen, und den Firmen, die Wasser in Flaschen verkaufen? Selbst in Ländern wie der Schweiz mit qualitativ und geschmacklich hochwertigem Leitungswasser entwickelt sich der Markt für Wasser in der Flasche. Mit welchen Verkaufs- und Werbestrategien ist es Firmen wie Nestlé gelungen, ein Bedürfnis und einen Markt zu schaffen für ein Produkt, das kaum nötig ist?
Das standardisierte Trinkwasser (bspw. „Pure Life" von Nestlé), das den „dynamischsten" Teil der Branche darstellt, ist nicht den gleichen Bestimmungen unterworfen wie Mineralwasser, das an eine Quelle und somit an deren Qualität und Erneuerung gebunden ist. Das standardisierte Wasser wird industriell, in grossen Mengen und zentralisiert gewonnen, abgepumpt und abgefüllt. Diese Verarbeitung verursacht schwere ökologische Schäden, gegen die sich die Bevölkerung z.B. in Brasilien oder in den USA zur Wehr setzt.

LANDWIRTSCHAFT
Rohstoffe für die Ernährung

Gegenüber den internationalen Handelsgesellschaften und den grossen Vertriebsketten befinden sich die landwirtschaftlichen ProduzentInnen in einem Abhängigkeitsverhältnis. Mengen, Qualität und Preise werden ihnen von einigen wenigen mächtigen Aufkäufern diktiert. Die zu produzierenden Pflanzensorten werden von anderen transnationalen Konzernen festgelegt, die ihnen das Saatgut verkaufen. Dies gilt für die Länder des Nordens und noch stärker für die Länder des Südens, beispielsweise im Fall von Kaffee und Kakao, für die Nestlé einer der grossen Aufkäufer ist. Nachfrage und Preise sind Schwankungen unterworfen, die ganze Regionen in den Ruin treiben, denn die Abkommen und Institutionen zur Marktregulierung wurden durch die Welthandelsorganisation WTO nach und nach zerschlagen.
Um ihre Schulden zu bezahlen, exportieren zahlreiche Länder des Südens landwirtschaftliche Rohstoffe, was zu Lasten der Produktion lebensnotwendiger Nahrungsmittel für die lokale Bevölkerung geht. Und doch gibt es eine Alternative: Die Absage an eine illegitime Verschuldung und der Aufbau einer Nahrungssouveränität durch eine echte Agrarreform. Diese Alternative bedeutet natürlich eine Konfrontation mit den transnationalen Konzernen und den Ländern des Nordens. Am Beispiel Brasilien zeigt sich, wie schwierig dieser Weg ist. Die Firma Nestlé, die für das Modell des „Agroexports" steht und sich ausschliesslich an eine privilegierte Schicht richtet, ist nichtsdestotrotz am Programm „Fome Cero" („Hunger null") beteiligt, das Prestigeprojekt der Regierung Lula, während gleichzeitig die Landreform stockt.
Die transnationalen Konzerne kontrollieren Herstellung, Verarbeitung und Verkauf von landwirtschaftlichen Produkten. Für die VerbraucherInnen führt dies zu einer Standardisierung der Ernährung und zur Verarmung von Geschmack und sogar Nährwert. Was die Umwelt betrifft, so richtet diese Art von Landwirtschaft unzählige Schäden an: Rodung und Verwüstung, Wasserverschmutzung durch grosse Mengen an Dünge- und Schädlingsbekämpfungsmitteln, Erosion, Versalzung der Böden...

ERNÄHRUNG.
GVO, Milch für Säuglinge,
Nutraceuticals: die künstliche Ernährung

Gentechnisch veränderte Organismen (GVO) - diese patentierten Klone und Hirngespinste - erscheinen als Endpunkt einer Entwicklung in Richtung Industrialisierung und Privatisierung von Lebewesen. Sie sind Klone, weil die Pflanzen jeder „Sorte" genetisch identisch sind. Sie sind aber auch Hirngespinste, weil sie aus dem Einsetzen eines artfremden Gens entstehen, obwohl über die Funktionsweise des Genoms noch fast nichts bekannt ist. Und patentiert werden sie, um den alten Traum des Kapitals zu erfüllen: Damit soll der unlautere Wettbewerb seitens der Lebewesen ausgeschaltet werden, die sich kostenlos reproduzieren; dies über das Patent (indem die Grundlage der Landwirtschaft - das Sähen des geernteten Korns - rechtlich verboten wird) oder über Sterilisierung (Terminator). Durch die Notwendigkeit, GVO-Saatgut und die entsprechenden Pflanzenschutzmittel zu kaufen, verlieren die ProduzentInnen einen Teil ihrer Einkünfte und geraten - wie die Länder der Peripherie - vermehrt in Abhängigkeit, während Umweltverschmutzung und Standardisierung der Produkte zunehmen.
Die VerbraucherInnen sind jedoch gegenüber Produkten mit GVO sehr zurückhaltend. Nestlé und die anderen transnationalen Konzerne versuchen folglich, ihre GVO mit allen Mitteln aufzudrängen.
Der Fall des Milchpulvers für Säuglinge wird vielleicht als alte Geschichte empfunden. Die transnationalen Konzerne und insbesondere Nestlé haben diesen Markt jedoch nicht aufgegeben und entwickeln immer neue Strategien zur Umgehung des 1981 von der WHO entwickelten Kodex. IBFAN führt einen permanenten Kampf zur Überwachung der Umsetzung dieser Richtlinie.
Schliesslich ist ein weiterer Schritt der Industrialisierung der Ernährung zu beobachten, indem sich die Nahrungsmittel- und Pharmaindustrie annähern und „angereicherte Lebensmittel" und „Nutraceuticals" produzieren. Nestlé hält beispielsweise den Bereich Lebensmittel für ältere Menschen für einen vielversprechenden Sektor. Was hat dies für Konsequenzen?

NESTLÉ UND SEINE ANGESTELLTEN

Wenn man Nestlé Glauben schenkt, so handelt es sich um ein Unternehmen, das sich gegenüber seinen Angestellten vorbildlich verhält. Nestlé ist namentlich Mitglied des „Global Compact" der Vereinten Nationen, das arbeitsrechtliche Mindeststandards vorschreibt. Aber diese schönen Worte für die Öffentlichkeit verdecken eine ganz anders geartete Praxis.
Die Philippinen, Südafrika, Ecuador, Japan... Zahlreiche Beispiele zeigen, dass die Einhaltung gewerkschaftlicher Rechte und fairer Arbeitsbedingungen dem Ziel der Steigerung der Rentabilität untergeordnet ist.
In der Fabrik in York (Grossbritannien), der wichtigsten Produktionsstätte für Kit-Kat-Schokoriegel, ist die Produktivität von 1998 bis 2003 beispielsweise um 65% gestiegen (1998 waren 38 Stunden zur Produktion einer Tonne Schokolade notwendig; 2003: 23 Stunden, Time vom 27. Januar 2003).
Nestlé setzt - wenn es im Interesse der Aktionäre nötig und möglich ist - durchaus sehr „unzivilisierte" Methoden ein: Druck auf GewerkschafterInnen, Einsatz von StreikbrecherInnen, Polizeieinsatz oder sogar paramilitärische Intervention...
Zudem spielt Nestlé ständig seinen multinationalen Charakter aus. Die Konzernzentrale verkündet andauernd, sie sei nicht für Entscheidungen ihrer Gesellschaften in den verschiedenen Ländern verantwortlich - während gleichzeitig das Projekt „Globe" vorangetrieben wird, durch das die administrativen und technischen Prozesse weltweit vereinheitlicht werden!
Nestlés Aktivitäten in Kolumbien und der Konflikt, der sich zur Zeit im Unternehmen Perrier in Frankreich abspielt, werden genauer vorgestellt. Wir fragen auch nach der Situation in der Schweiz, wo nicht nur die internationale Konzernzentrale von Nestlé sondern auch Produktionsstätten dieses Konzerns liegen.

Aufruf des Komitees für Grundrechte und Demokratie

Bürger und Bürgerinnen engagiert Euch!
Für eine militante EU und einen Sieg des Abendlandes!

Wenn die EU-Truppen in Afrika eingreifen
und am Hindukusch die Berge erklimmen,
wenn die Konzerne in Europa gemeinsam die Hightech-Warfare
für Raketen, Splitter- und Weltraumwaffen bauen,
wenn die Politiker zum „letzten Mittel" Militär greifen,
das sie als erstes aufgebaut haben,
wenn die europäischen Generäle
nicht mehr auf US-amerikanische Infrastruktur
zurückgreifen müssen,
sondern auf die eigenen Potentiale
für Tod und Vernichtung von anderen,
wenn dies alles im Namen
der Humanität und der Menschenrechte geschieht
und viele Menschen dies auch noch glauben,
dann, ja dann wird die neue Verfassung der Europäischen Union
mit dem Leben der Militarisierung erfüllt sein.

Dann kann das letzte Mittel der Zerstörung
zügig eingesetzt werden,
vor dem ersten Mittel der Deeskalation
und zivilen Konfliktbearbeitung.
Dann werden die Politiker nicht mehr die lästige Wahl haben
zwischen präventiver Diplomatie und präventiver Kriegsführung.
Dann wird alles schon entschieden sein,
ehe die Menschen den Konflikt nur verstehen
und die dahinter stehenden Interessen begreifen.

Bei Verhandlungen hängt das „letzte Mittel" Gewalt
wie ein Damokles-Schwert über den Gesprächen
und jeder hört laut die unausgesprochenen Worte
„und bist Du nicht willig, so brauch' ich Gewalt".

Die anderen werden die Bösen sein,
weil wir ja die Guten sind.
Denn wir haben die Macht, die ABC-Waffen,
die nur in den Händen der anderen Terrorismus bedeuten.
Dass wir die besseren Todeswaffen haben, zeigt,
dass Gott mit uns ist,
sonst hätte er sie den anderen gegeben.

Wir und unsere Verbündeten führen Kriege in aller Welt,
weil uns die Schätze aller Welt zustehen,
um unsere Sicherheit zu verteidigen,
um unseren Wohlstand zu schützen,
um uns gegen den Terror der anderen zu wehren,
die sich gegen ihre Ausplünderung zur Wehr setzen.

Sie haben keine Hightech-Waffen,
sondern nur ihre Körper, Sprengstoff und entführte Flugzeuge.
Sie lassen sich aus Verzweifelung oder Verführung
zu terroristischen Gewalttaten hinreissen.
Wir setzen dagegen zu Recht den Terror des Präventivkrieges.

Unsere Aufrüstung und unsere Militärinterventionen
werden im Einklang mit unserer neuen EU-Verfassung stehen.

Sie stehen im Einklang mit der Notwendigkeit ,
die überlegene neo-liberale westliche Kultur
zur Leitkultur der Welt zu erheben.

Sie stehen im Einklang mit dem Recht,
unser Wohlleben zu sichern,
wenn die Vereinten Nationen bei der Lösung von Konflikten
angeblich kläglich versagen,
weil wir von den reichen Industrienationen sie daran hindern
oder ihnen die Mittel hierfür verweigern.

Sie stehen im Einklang mit der Notwendigkeit
der von uns gestalteten Globalisierung,
welche die Reichen bereichert
und die anderen ärmer oder ganz arm macht,

und stehen im Einklang mit der weltgeschichtlichen Wahrheit,
dass Gewalt Recht setzt, eben das Recht des Stärkeren.

In der neuen EU-Verfassung
schreiben wir deshalb Aufrüstung fest,
damit alles seine Legalität hat,
die Aufrüstung und die Militarisierung
mit ihren Auswirkungen nach außen und innen.

Wir werden so mit gutem Gewissen
auch in Zukunft zu den Stärkeren gehören,
die die Schwächeren nach ihrer Pfeife tanzen lassen,
zumindest so lange das Abendland genügend Macht dazu hat.

Bürgerinnen und Bürger engagiert Euch also!

V.i.S.d.P.: Andreas Buro, Grävenwiesbach

Eine BürgerInnen-Information zur EU-Militarisierung kann kostenfrei beim Komitee bestellt werden.
Komitee für Grundrechte und Demokratie
Aquinostr. 7-11, 50670 Köln

Buchhinweis:
„Die europäische Konstitution des Neoliberalismus – für eine demokratische verfassungsbewegung,
Hrsg:Komitte für Grundrechte und demokratie und Republikanischer Anwälterinnen- und Anwälterverein,
10 Euro, ISBN 3-88906-108-7